



EXTRA

Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

EXTRA zu Nr. 5 – August 2009

Inhalt	Seite
Vorwort / Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik	2
Warum machen wir diese Aktion?	3
Was passiert bei der Aktion?	9
Mit Stadtplänen und Zollstock unterwegs auf der Route des Zuges_10 Fünf LKWs mit Geschichte und Instandsetzungsbedarf_12	
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Aktionswochenende im Ruhrpott_15 / Aktionstag in Bremen_16 „Hoch mit der Bildung! Runter mit der Rüstung!“_17 / Ein Krokodil vor BMW_18 Aktionstag in Regensburg_19 / Mit Stahlfässern und Agitprop in der Bremer Innenstadt_20 Auf der Straße in Frankfurt am Main_21 / Neues aus Mahagonny auf Tournee_21	
MACH MIT!	22
Materialien zur Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf“	23
MATERIAL zum Notstand der Republik	
...vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik_24 ...von der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik_25 ...vom Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD_25	
Stellungnahme des Jugendaktionsausschuss zur Aktion / Schülerflugblatt des Jugendaktionsausschuss / Erklärungen der 1. und 2. Arbeiter- und Gewerkschafter Konferenz / Flugblatt für den Schülerstreik in NRW / Flugblatt zur Fahrraddemo in Frankfurt am Main	AN- HANG

Vorwort

Im November 2008 hat der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein großes Jugendaktivistentreffen gegen den Notstand der Republik organisiert, an dem rund 100 Jugendliche aus verschiedenen Organisationen und der Gewerkschaftsjugend teilgenommen haben. Dort haben wir uns nicht nur mit der Kriegsvorbereitung nach Innen und Außen befasst, sondern auch beraten was dagegen zu tun ist. Auf großes Interesse stieß der Vorschlag des Jugendaktionsausschusses – Notstand der Republik, Teil der Einheitsfrontaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ zu werden. Die Bundestagswahlen im September zu nutzen um gemeinsam mit Anderen zwei Wochen lang mit einer großen Aktion gegen den Notstand der Republik mobil zu machen, fand große Begeisterung und wurde so beschlossen.

Mit dieser Extranummer unseres Infobriefes wollen wir die Aktion vorstellen und natürlich zum Mitmachen auffordern.

(Die Redaktion)

Auszug aus der Erklärung der „Zweiten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik“, März 2009, in Frankfurt am Main:

„Dass der Notstand der Republik weiterregiert – dagegen sind wir, dagegen machen wir mobil. Dass die Einheit zur Stärke wird und der Widerstand zunimmt, dazu rufen wir Euch auf: Beteiligt Euch in Eurem eigenen Interesse und für eine schlagkräftige Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften im Herbst 2009 an der Aktionseinheit: Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“

(Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik / Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik / Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD.)

Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- *„die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum*
- *den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden*
- *und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“*

Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)

Warum machen wir diese Aktion?

Vor 59 Jahren erklärte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in seinem Aufruf zum 1. Mai:

„Die Trümmer in unseren Städten, die Not und das Elend unserer Flüchtlinge und Arbeitslosen sind einzig und allein die Folgen der Kriege, der Diktatur und jener Wirtschaftsordnung, die uns die feudalen und die kapitalistischen Kräfte in Jahrhunderten aufzwingen. Diese Kräfte zerstörten immer wieder, was die arbeitenden Menschen unter Entbehrungen an Wohlstand geschaffen haben.“ (DGB Maiaufruf 1950)

Heute sind wir wieder soweit dass einige der großen Herren in Industrie und Finanzkreisen öffentlich über den Krieg als Ausweg aus der Krise diskutieren. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb dazu in einem Artikel mit dem Titel „Konjunkturprogramm Weltkrieg“:

„Ganz und gar nicht zynisch, wenn auch von brutaler Ästhetik ist es, wenn man darauf hinweist, dass der Krieg zu allen Zeiten ausgesprochen konjunkturbelebende Wirkung hatte; und nicht nur das, so mancher Kanonendonner kam- bei rein ökonomischer Betrachtung- zu einem Ausreichend günstigem Zeitpunkt.“ (FAZ, 09.03.09).

Der Krieg, sogar der Weltkrieg, als Beschäftigungsmaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit, als Rettungspaket um die Krise verursachende Überproduktion zu vernichten, davon spricht auch der Ökonomienobelpreisträger von 2009, Paul Krugman:

„Wenn Sie einmal sehen wollen, welcher Anstrengungen es tatsächlich bedarf, um die Wirtschaft aus einer Schuldenfalle zu befreien, dann betrachten Sie das massive, öffentliche Beschäftigungsprogramm, das die Große Depression beendete, besser bekannt unter dem Begriff „2. Weltkrieg“. Der Krieg führte nicht nur zur Vollbeschäftigung, er bewirkte darüber hinaus rapide ansteigende Einkommen und substantielle Inflation; und das alles praktisch ohne größere Verschuldung des Privatsektors.“ (Zitiert in: FAZ, 09.03.09).

Wir sehen also dass auch heute, wie schon zweimal in den letzten 100 Jahren, die Regierenden nicht davor zurückschrecken den Erdball in einen mörderischen Vernichtungskrieg zu stürzen um die Herrschaft der Banken und Konzerne zu retten. Dafür sollen wir ihnen nicht nur mit unserem, bzw. mit dem Geld unserer Eltern helfen. Nicht nur mit weniger Geld für Bildung, Gesundheit und Soziales, aber immer mehr für die Armee, die Aufrüstung, für den Krieg. Nein. Dazu sollen wir endlich einsehen, was die Bundeswehr, die Siemens, Daimlers, Krupps

und Thyssen und ihre Regierung schon längst wissen und in ihrem Weißbuch festgehalten haben:

„Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an ungehinderten Warenaustausch und ist in hohem Maße von gesicherter Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen abhängig(...) zum Sicherheitspolitischen Instrumentarium gehören auch bewaffnete Einsätze.“ (Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, 2006)

Gegen die Militarisierung der Gesellschaft

Militär in den Schulen

Dass wir das endlich begreifen, damit wir einsehen, wie nützlich die weltweiten Einsätze der Bundeswehr sind, um den „Standort“ und „deutsche Interessen“ zu sichern, dazu werden wir, die Jugend einer beispiellosen Militarisierung und Propaganda unterworfen. Dazu drängt die Bundeswehr in unsere Schulen, schließt Kooperationsverträge mit den Kultusministerien. Damit zukünftig das gelernt wird was den Erfordernissen der *Armee im Einsatz* entspricht. Die ganze Gesellschaft, auch die Jugend hat die *Kämpfende Truppe* vorbehaltlos zu unterstützen. Jugendoffiziere belagern unsere Schulen und Ausbildungswerkstätten. Allein im Jahr 2007 waren 93 Hauptamtliche und 400 Ehrenamtliche Jugendoffiziere in Schulen aktiv. Sie führten über 8000 Veranstaltungen durch. Sie erreichten somit mehr als 173 000 Schülerinnen und Schüler. Die Jugendoffiziere haben ein großes Vorbild. Einen gewissen Herr Heusinger. Adolf Heusinger war der erste Generalinspekteur der Bundeswehr und schuf im Jahr 1958 die Einrichtung der Jugendoffiziere. Diese wurde geschaffen um dem Widerstand und die Ablehnung breiter Kreise der Öffentlichkeit gegen die Aufstellung der Bundeswehr und die Bewaffnung der BRD, mit *intensiver Öffentlichkeitsarbeit* zu durchbrechen. Doch von sich hören machte Herr Heusinger schon einige Zeit früher. Schon im Jahr 1923 nannte Adolf Hitler ihn einen „*von Gott gesendeten Mann*“. Und so war Adolf Heusinger ab 1940 Chef der Operationsabteilung des Generalstabes der Wehrmacht und somit für viele Verbrechen der Wehrmacht verantwortlich. Er erließ Anordnungen wie z.B. die *„Richtlinien zur Bandenbekämpfung“*, die den Terror gegen die Zivilbevölkerung in von deutschen Soldaten besetzten Gebieten ausdrücklich anordneten.

Spielerisch sollen Azubis und Schülerinnen und Schüler lernen wie man am effektivsten Krieg führt.

Sie sollen daran gewöhnt werden strategisch - militärisch zu denken. Sie sollen, um ökonomische Interessen zu erreichen, nicht zögerlich mit dem Einsatz von Militär umgehen. Das alles geschieht beim Planspiel Politik & Internationale Sicherheit (POL&IS). Hier soll Kindern und Jugendlichen die „Alternativlosigkeit des Krieges“ aufgezeigt werden. Der 28jährige Jugendoffizier Christian R. „ist von der Kriegsstimmung der Schüler [die sich an POL&IS beteiligen] nicht überrascht. [...] Es gibt immer noch welche, die vorletzte Woche noch bei der Hand-in-Hand-Lichterkette mitgemacht haben und jetzt Krieg führen wollen. [...] viele denken plötzlich Stärke und Gewalt sind die besten Mittel“. (IMI-Studie, Nr. 7/2008)

Unterstützung bekommt die Bundeswehr auch vom Auswärtigen Amt. Dieses hat eine Internetseite eingerichtet auf der Kinder für Kinder den Krieg bewerben (www.kinder.diplo.de). Hier wird in kindgerechter Sprache behauptet, dass der Kriegseinsatz deutscher Soldaten in Afghanistan oder im Krieg gegen Jugoslawien ein „friedenserhaltender“, „humanitärer Einsatz“ sei. Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes Oberstleutnant Ulrich Kirsch hat hierzu eine andere, ehrlichere Meinung: „Wir machen nicht humanitäre Hilfe. Wir sind als Soldaten in Afghanistan, um Dinge gegebenenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen.“

Der Klett-Verlag, der größte Hersteller von Schulbüchern bezeichnet die Seite *Kinderdiplo* als „pädagogisch wertvoll“ ebenso das Amt für Lehrerbildung in Hessen und das Bildungs- und Erziehungsministerium Rheinland- Pfalz. Der Klett-Verlag weist in seinen Publikationen für den Sozialkundeunterricht ausdrücklich auf diese Seite des Auswärtigen Amtes.

Doch auch von der Bundeswehr direkt werden Materialien für den Unterrichtsgebrauch herausgegeben. In Nordrhein-Westfalen und im Saarland, wo es Kooperationsabkommen zwischen den Kultusministerien und der Bundeswehr gibt, müssen junge Lehrer und Referendare an Seminaren zur politischen Bildung, angeboten vom Bundesministerium der Verteidigung teilnehmen. Herr Schäuble und Herr Jung wollen nun, wie sie auf dem letzten Industrie- und Handelskammertag bekannt gaben, die Föderalismusreform nutzen um die Ko-



operationen für alle Bundesländer verpflichtend einzuführen! Was in der Schule auf dem Gebiet der Außen-, Innen- und Sicherheitspolitik gelernt und behandelt wird gibt in Zukunft das Militär vor!

Militär in den Arbeitsämtern

Wenn wir arbeitslos sind und nicht wollen das uns das bisschen Hartz IV gestrichen wird, wenn wir von Zuhause ausziehen wollen und noch nicht 25 sind, dann sollen wir zur Bundeswehr gehen. Der Soldatenberuf gilt als vollkommen „normale

Wiedereingliederungshilfe“. Die U-25 (unter 25 Jahre) Maßnahmen der Hartz-Gesetze sehen besonders schnell Leistungskürzungen, Sanktionen und Zwangsarbeit vor, wenn ein Jugendlicher ein Arbeitsangebot ablehnt. In den Arbeitsagenturen finden wöchentliche Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr statt. Die Teilnahme ist Pflicht für jeden, der Arbeit sucht. In 11 Arbeitsagenturen unterhält das Militär fest eingerichtete Büros. Die Grundlage dafür bilden Kooperationsabkommen der Bundesagentur für Arbeit mit dem Kriegsministerium. Mit der Einführung der Hartz-Gesetze ist jeder Arbeitslose gezwungen jede „zumutbare Arbeit“ anzunehmen. Das ist Zwangsarbeit! Angelegt war diese Möglichkeit bereits in den 1968 beschlossenen Notstandsgesetzen. Der Grund: Im Kriegsfall oder „Spannungsfall“ sollte die materielle Basis, die man braucht um Krieg zu führen nicht durch Arbeitsverweigerung versiegen. Sind wir heute schon wieder soweit dass die Produktion von Kriegsmaterial nicht ins Stocken geraten darf?

Militär am Girls Day

Wenn du dich als Mädchen oder junge Frau für verschiedene Berufe interessierst und an einem der zahlreichen „Girls Days“ der Bundeswehr teilnimmst, dann ist es selbstverständlich, dass du dann eine Kaserne besuchst. Da kannst du dann schon mal die Feldmode der Bundeswehr ausprobieren, kannst du testen wie es ist sich in voller Kampfmontur auf dem Schlachtfeld zu bewegen. Da kannst du auch mal eine Probefahrt im Panzer machen.

Militär überall

Doch auch wenn du nichts ahnend auf ein Stadtfest, Festival oder Jugendfest gehst, wirst du mit der Bundeswehr kon-



frontiert. Der „Karriere-treff“, ein großer Werbe-truck, wirbt mit dem verlockenden Angebot „Sichern sie sich jetzt einen von 20 000 Arbeitsplätzen“. Auf Sportfesten, Schulfesten, überall wo viele Jugendliche sind wirbt die Bundeswehr.



Der Grund ist klar: Immer mehr erkennen, dass die Bundeswehr keine Friedensarmee ist, sondern weltweit Kriege führt. Dass das nicht förderlich ist um Nachwuchs zu rekrutieren, weiß auch die Bundeswehr und so trifft sie geeignete Maßnahmen um dem entgegenzuwirken.

Militär an den Hochschulen

Wenn du studieren möchtest, dann wirst du sehr schnell feststellen wer da gehörigen Einfluss hat. Die Bundeswehr und das Bundesministerium für Verteidigung haben seit Jahren schon Forschungsprojekte an verschiedensten Universitäten laufen. Obwohl etliche Universitäten, wie z.B. die TU in Berlin eine Selbstverpflichtung eingegangen sind, die aus historischer Verantwortung die Forschung für

den Krieg ablehnen. Diese werden einfach ignoriert. Im Jahr 2008 flossen 1,1 Milliarden Euro an die Universitäten und Hochschulen um dort für den Krieg zu forschen. Besonders auf dem Gebiet der Wehrtechnik und Wehrmedizin werden heute wieder wie einst die Studenten mit der Entwicklung kriegsrelevanter

Technologie betraut. Aber nicht nur an Technologie sondern auch an effektiven Marketing und Rekrutierungsstrategien wird kräftig geforscht. Um der Bundeswehr möglichst gut zu dienen, dürfen die Studenten der BRD heute wieder grübeln und experimentieren bis die Köpfe rauchen. Welch hohen Stellenwert das für das Militär hat, drückte der Heeresinspektor, Hans-Otto Budde, im Jahr 2004 folgendermaßen aus: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer, und den der den High-Tech-Krieg führen kann. Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat bei dieser Art von Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln.“ („Bundeswehr braucht archaische Kämpfer“, erschienen in der „Welt“ am 29.02.04). Einen ähnlich hohen Stellenwert hatten die Universitäten für die Wehrmacht bereits unter dem Hitlerfaschismus. Damals war Forschung an Uni und Hochschule auch immer gleichzeitig Forschung für den Krieg, für Deutschlands Weltmachtsanspruch.

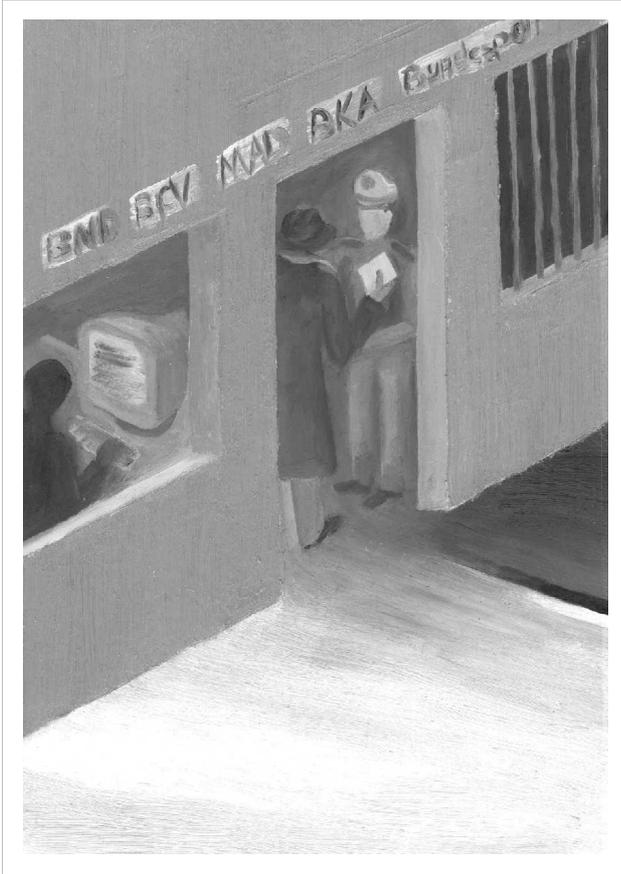
Gegen den Abbau der Demokratie

Doch nicht nur dort tritt dir der Notstand der Republik entgegen. Deine Telefonate werden mitgehört, dein PC ausspioniert, deine E-Mails gelesen. Lauschangriff und Onlinedurchsuchung machen es möglich. Das Recht der freien Meinungsäußerung wird mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft. Dazu wurde in diesem Jahr das Strafgesetzbuch „reformiert“.

Gegen die Zusammenlegung von Polizeien und Geheimdiensten

Die Regierenden sind getrieben von der Angst vor dem Volk. Bezeichnet wird das





dann als Kampf gegen den Terror. Das BKA, die Bundespolizei wird umgebaut zu einer geheim und überall ermittelnden Geheimpolizei. Die Bundespolizei ist flächendeckend aufgestellt und in der Lage jeden ohne richterliche Anordnung, ohne rechtsstaatliche Grundlage zu verfolgen und zu verhaften. Die von den Nazis praktizierte Schutzhaft gehört zum Standardrepertoire der Bundespolizei. Eigentlich ist diese ja verboten! Das Grundgesetz schreibt klipp und klar fest, dass Polizei die Aufgabe der Bundesländer und nicht des Bundes ist. Der alliierte Polizeibrief, den die Westmächte den Vertretern der jungen Bundesrepublik überreichten, verbietet diesem Land eine zentralisierte Staatspolizei! Das war eine der Lehren aus dem Hitlerfaschismus!

Doch die Bundespolizei, ehemals Bundesgrenzschutz, ist nicht nur in der BRD und der annektierten DDR aktiv. Der Vertrag von Prüm erlaubt deutschen Polizeieinheiten die Grenze der angrenzenden souveränen Nachbarstaaten zu überschreiten. Deutsche Polizeibüffel können somit jederzeit Demokraten anderer Länder verfolgen und verhaften, wenn von ihnen angeblich eine Bedrohung für deutsche Interessen oder Deutschland genehmen Regierungen ausgeht.

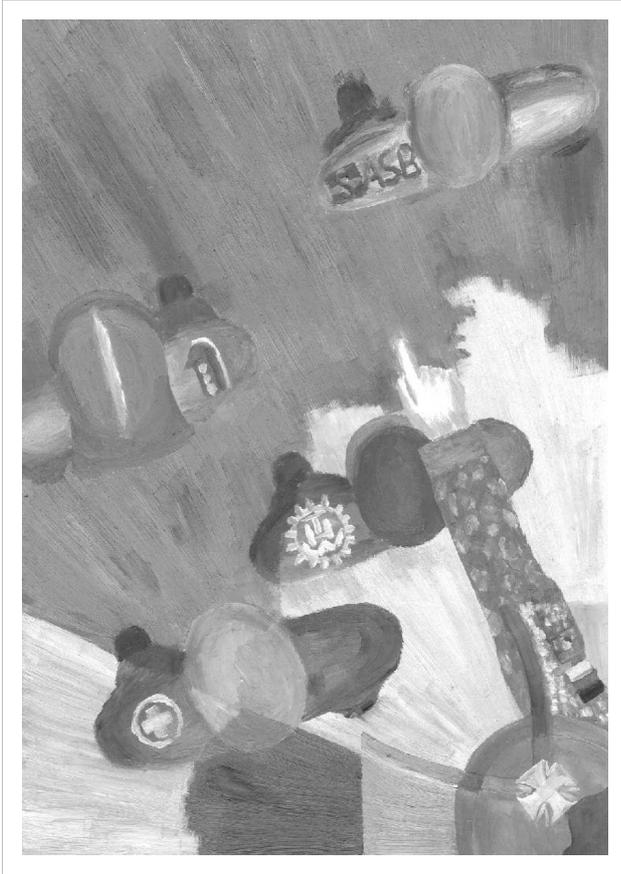
Das BKA, die Bundespolizei, der Militärische Abschirmdienst, die Bundeswehr die Landeskriminalämter, der Generalbundesanwalt und Vertreter des

Amtes für Migration sowie der Verfassungsschutz des Bundes und der Länder sitzen heute wieder in trauter Runde zusammen. Sie erstellen zusammen „operative Maßnahmen“ und entscheiden wer überwacht wird, wer verfolgt, wer eingesperrt wird. Das Zentrum in dem sie sitzen nennt sich „Gemeinsames Terrorismus-Abwehrzentrum“ (GTAZ). Es wird geführt vom Bundeskriminalamt und beschäftigt 200 Personen. Doch das GTAZ in Berlin-Treptow ist nicht das einzige dieser Zentren. Es gibt mindestens ein Dutzend von ihnen. In ihnen verschwimmt immer mehr das Trennungsgebot von Geheimdiensten und Polizei. Es existiert de facto nicht mehr. Die Polizei übernimmt Geheimdienstaufgaben und umgekehrt, immer mit am Tisch sitzt auch das Militär. Das hat nichts mehr mit Rechtsstaatlichkeit zu tun! Das ist das Prinzip des Reichssicherheitshauptamtes der Nazis!

Gegen den militärischen Heimatschutz

Flächendeckend ist ein sogenannter Heimatschutz aufgestellt worden. Er besteht aus Verbindungskommandos der Bundeswehr, die in allen Landkreisen, kreisfreien Städten, Bezirken und Bundesländern aufgestellt wurden. Ihm sind sämtliche zivile Hilfsorganisationen wie z.B. DLRG, Malteser, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund usw. angegliedert, die so unter das Kommando des Militärs geraten. Die Kommandeure dieser Verbindungskommandos sitzen in den Rathäusern als offizieller Berater der Regierungen. Die Heimatschutzkommandos werden u.a. zur Abwehr „asymmetrischer Bedrohungen“, wie z.B. der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, eingesetzt. Du denkst du tust etwas Gutes und kannst dich für deine Mitmenschen einsetzen, wenn du ein Ehrenamt z.B. beim Roten Kreuz ausübst, doch mit zu deinen Aufgaben gehört nun auch die Zuarbeit für das Militär. Ob du damit einverstanden bist oder es aus ethisch-moralischen oder sonstigen Überzeugungen ablehnst, danach fragt dich keiner. Das Konzept der „Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit“ befiehlt es!

Wenn du in der Ausbildung bist, dann wird dir der Streikbruch gelernt, sollst du als Streikbrecher gegen deine Kolleginnen und Kollegen missbraucht werden. Zusammen mit einer alten, extra für den Streikbruch gegründeten Organisation, dem Technischen Hilfswerk (THW) sollst du das lernen. So wurde z.B. an einer Hamburger Berufsschule für Elektroberufe geübt, wie man in einer Notsituation den Betrieb eines Elektrizitätskraftwerkes aufrechterhält. Durchgeführt wurde diese Übung unter Leitung des THW. Was aber ist dort eine Notsituation? Für die Besitzer des Kraftwerkes, wenn die Arbeiter die Turbinen abstellen um z.B. mehr Löhne zu erkämpfen!



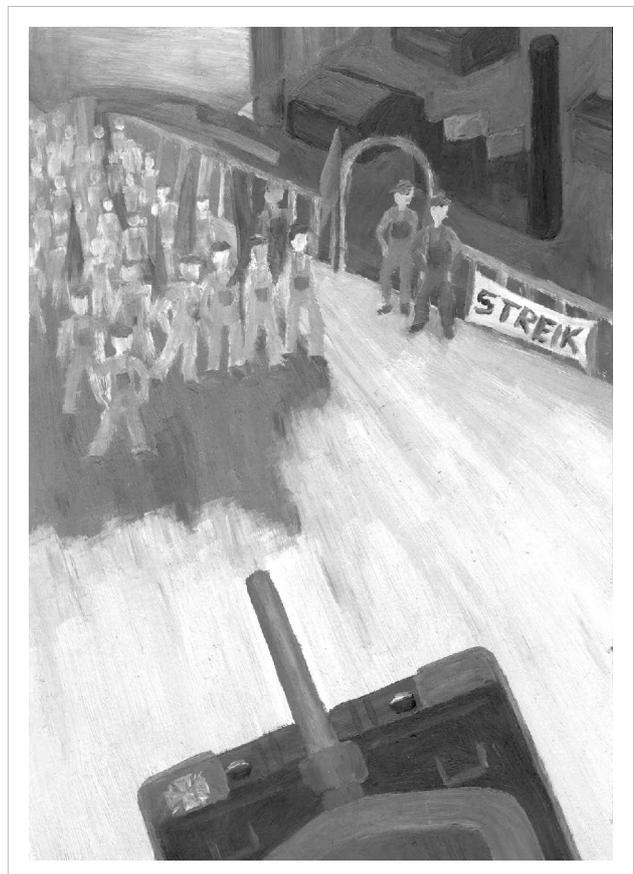
Beim G8 Gipfel 2007 wurde Soldaten, Tornados und Schützenpanzer gegen die zumeist jugendlichen Kriegsgegner, Gewerkschafter und Demokraten eingesetzt. Der Einsatz der Bundeswehr gegen die Arbeiter- und demokratische Bewegung, gegen das eigene Volk gehört längst zur Realität und zur gängigen Praxis. Nach der Bundestagswahl soll der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr ins Grundgesetz. Anordnen können soll das dann ein einzelner Minister. Das Parlament wird entmachtet. Das bedeutet Kriegsrecht! Doch das reicht den Herrschenden noch lange nicht. Bis September 2009 werden sogenannte „Kompetenzzüge“ erprobt. Sie bestehen aus Reservisten, die sich freiwillig bereit erklären auch im Inland bewaffnet eingesetzt werden zu können. Das ist ein zweiter Militärapparat, ähnlich der Freikorps nach 1918, der hier aufgebaut wird. Das Ziel: Die eigene Bevölkerung, der „innere Feind“. Bewähren sich die Kompetenzzüge dann werden sie wie der Heimatschutz, flächendeckend, im ganzen Land errichtet!

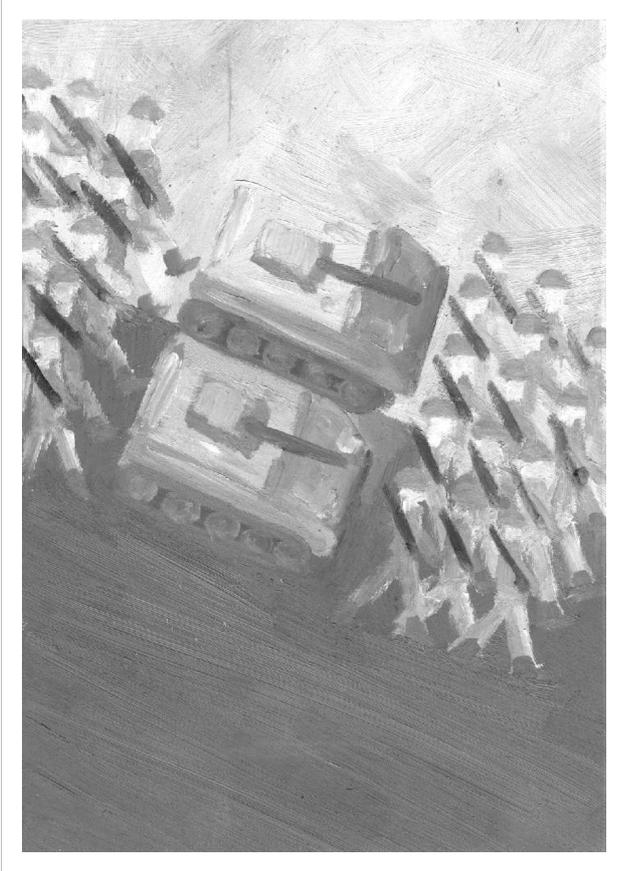
„Das ist nicht alles, was in diesem Land seit 1990 passiert und was wir als Notstand der Republik bezeichnen. Aber es ist das, was mit der Jugend im Notstand der Republik passiert. Dieser Jugend, die Kriege nur aus der Geschichte oder als „humanitären Einsatz“ kennt. Und die vor allem die 1990 ein-kassierte Alternative zu Krieg, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, die DDR, nur aus den Lehrbü-

Ähnliches gibt es auch in Chemiewerken oder Raffinerien. Das THW wurde in den 50er Jahren als Nachfolger der 1945 verbotenen Technischen Nothilfe (TN) gegründet. Der Gründer beider Organisationen war ein und derselbe, der ehemalige Freikorpskorporal, Otto Lummitzsch. Die TN war in den 20er Jahren dafür zuständig in bestreikten Betrieben die Produktion wieder aufzunehmen. Oftmals wurden die Streikenden dann noch mit Maschinengewehrfeuer niedergemäht. Unter dem Hitlerfaschismus spielten Organisationen wie die TN oder der Luftschutzbund eine große Rolle bei der Kontrolle und Indoktrination der Volksmassen aber auch für die Unterwerfung besetzter Gebiete. Sie waren wichtig für das Erstarken und den Erhalt der faschistischen Diktatur.

Gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inland

Wenn du dein demokratisches Recht auf Protest gegen die herrschenden Zustände in dieser Republik, gegen Ausbildungsplatzmangel, Bildungsnot, Verelendung und Kriegspolitik wahrnimmst, stehst du der Bundeswehr gegenüber. Seit Jahren schon übt die Bundeswehr den Einsatz gegen Streikende und Demonstranten. Bei der diesjährigen Nato- Sicherheitskonferenz wurden 400 Soldaten eingesetzt, um das Treffen der Kriegsstrategen und Rüstungsindustriellen vor dem Protest des Volkes zu schützen.





chern der neuerdings von Soldaten unterrichteten Lehrer kennt. Und da steht in den seltensten Fällen drin, dass es durchaus in einem Deutschland möglich war, mit den Völkern in Frieden zu leben und keine Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut (auch trotz Arbeit) zu haben. Da steht drin, dass Deutschland mit seiner Geschichte abgeschlossen hat und sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen kann. Und dafür soll die Jugend dieses Landes kriegstauglich gemacht werden.“

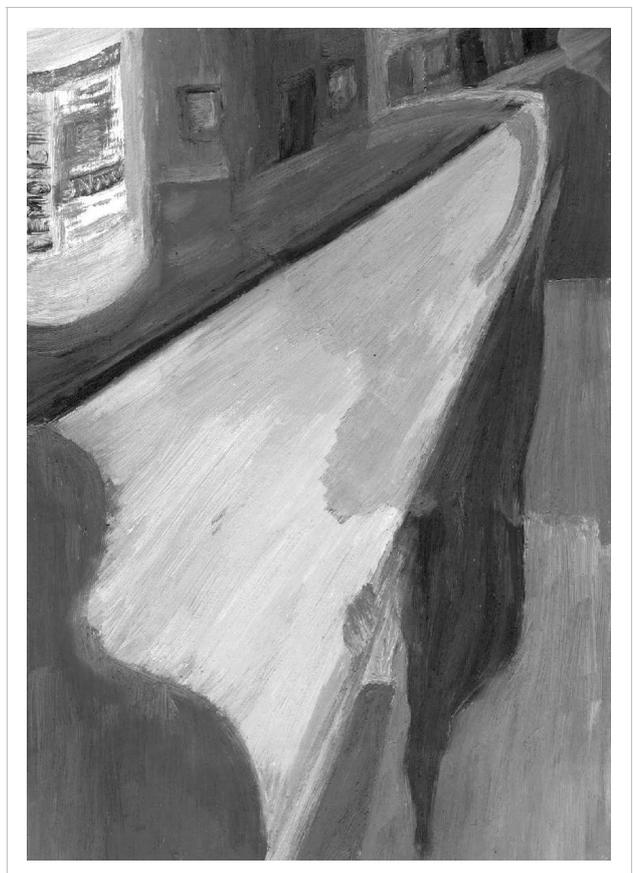
(Aus der Erklärung des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zu „Klassenkampf statt Wahlkampf gegen den Notstand der Republik! – siehe Anhang)

Gegen den Krieg

Schon heute ist dieses Land weltweit an Kriegseinsätzen beteiligt. Seit dem Jahr 1990, als die BRD größer wurde durch die Annexion der Deutschen Demokratischen Republik, und damit die Nachkriegsordnung in Europa für beendet erklärt hat, gibt es keine Grenze mehr für den deutschen Soldatentiefel. Die zunehmenden Konkurrenzschlachten, bedingt durch die Weltwirtschaftskrise, der zunehmende Hunger nach Rohstoffen und Absatzmärkten, die Notwendigkeit, den in der Krise brachliegenden Reichtum, die Überproduktion zu vernichten, treiben die Herrschenden zum Krieg. In der aktuellen Krise

werden die sogenannten Konjunkturprogramme zur verstärkten, heimlichen Aufrüstung genutzt. Das Konjunkturpaket II sieht über 500 Millionen Euro zusätzlich für die Ausstattung der Bundeswehr vor. Mit den Investitionen in Infrastruktur und in die Bauwirtschaft werden neue, größere Kasernen und Rüstungsschmieden errichtet.

Das Aufbegehren des Volkes gegen die Politik der Regierenden, gegen Krieg und ein Wirtschaftssystem das durch immer wiederkehrende Krisen den, von den arbeitenden Menschen geschaffenen Reichtum vernichtet und Millionen ins Elend stürzt; die in der Wirtschaftskrise kommenden und sich jetzt schon abzeichnenden sozialen Revolten; die Gefahr, die für eine winzig kleine Schicht von Kapitalisten droht, wenn die breite Mehrheit des Volkes seine Lage erkennt; die Notwendigkeit ein angeschlossenes Land, die DDR, deren Bewohnern man keine Perspektive mehr bieten kann, die man 1990 in die Freiheit der Sozialhilfe entlassen hat, zu kontrollieren und ruhig zu halten: All das führt dazu, dass die Herrschenden der BRD mit einem immensen Umbau des staatlichen Gewaltenapparates, mit einer fortschreitenden Zerschlagung der Demokratie reagieren. Die Kapitalisten und Geldsäcke versuchen ihr historisch überlebtes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem mit allen Mitteln zu verteidigen. Dafür verwandeln sie die bürgerliche Republik in den Berliner Notstandsstaat, verordnen sie uns den Notstand





der Republik, treiben sie die Demokratie an den Rand zur faschistischen Diktatur.

Auf die Straße gegen den Notstand der Republik

Doch so wie es ist, muss es nicht bleiben! So wie es ist, bleibt es nicht! Und da haben wir, die Jugend, wie die Jugend, die in den 60er Jahren den Kampf gegen die Notstandsgesetze begann, eine ganz besondere Verantwortung. Mit dem Stimmzettel allein wird dieser Kampf allerdings nicht zu führen sein. Dazu ist es notwendig, dass du nicht Politikern das denken überlässt sondern selbst deinen Kopf benutzt. Dazu ist es notwendig, dass du dich selbst in Bewegung versetzt damit sich die Verhältnisse verändern. Dazu brauchen wir wieder eine starke Jugendbewegung, die für ihre Rechte und Lebensinteressen kämpft. Dafür brauchen wir dich im Kampf ge-

gen einen Staatsumbau der unsere Rechte zerschlägt und uns die Luft zum Atmen nimmt! Deshalb sind wir Teil der Einheitsfront- und Aktionseinheit gegen den Notstand der Republik und führen zusammen mit dem Arbeits- und Koordinationsausschuss der ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik und dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ durch.

Weg mit dem permanenten Notstand! Nein zum Krieg!

Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!

(Text: Marius, Ingolstadt
Zeichnungen: Julia, Bremen)

Was passiert bei der Aktion?

Eigentlich erfordert die aktuelle Situation, in der Faschismus und Krieg drohen, Streiks und riesige Demonstrationen, am Besten in allen Teilen dieses Landes, am Besten mit dem gemeinsamen Ziel Berlin. Da wir noch nicht so weit sind, müssen wir uns mit anderen Mitteln behelfen.

Bei der Einheitsfrontaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ werden wir mit fünf historischen LKWs quer durch die Republik fahren. Auf großen Schildern längs über den Fahrzeugen wird die Losung der Aktion auf alle LKWs verteilt zu lesen sein. Auf den offenen Ladeflächen wird mit künstlerischen Mitteln der Inhalt

der Aktion dargestellt sein. Dazu gehören Tafeln, Plastiken/Nachbildungen etc. und natürlich eine ganze Reihe Darsteller. So ein rund 150 Meter langer Zug macht für sich schon einen gewaltigen Eindruck, erst Recht zusammen mit Flugblattverteilern, Musik und einem mindestens genauso langen Auto-korso dahinter.

Dieses Kunstwerk gegen die herrschenden Verhältnisse, diese Großdemonstration auf Rädern wird durch Städte, Dörfer, quer durchs ganze Land ziehen. Wir werden vor den krisengeschüttelten Betrieben Halt machen und mit den Arbeitern kleine oder größere Versammlungen zu Schichtwechsel durchführen. Wir werden in Stadtteilen und auf öffentlichen Plätzen mit Kundgebungen die Menschen über den Notstand der Republik aufklären. Wir werden an Arbeit-sämtern, Schulen, historischen Orten und Kasernen anhalten und die Arbeiter, Jugendlichen und Soldaten zur Gegenwehr auffordern. Im Vorbeifahren wollen wir die Passanten wenigstens aufrütteln, die Aufklärung betreiben, die so nötig ist um den Kampf zu führen. Zwei Wochen lang vor der Wahl wollen wir die Republik wenigstens ein biss-



uns jagen, dorthin geht der Aufruhr, wo wir verjagt sind, soll die Unruhe bleiben.

Wir wissen nicht welche Steine uns die Herrschenden auf unserer Route in den Weg legen werden, wir wissen nur, dass wir uns nicht stoppen lassen werden und dass wir am Wahltag in Berlin ankommen wollen. Dort soll der Abschluss der Aktion mit einer Aufführung des Krisenstücks „Neues aus Mahagonny“ sein, möglichst in Anwesenheit der dort, an diesem Tag üblicherweise versammelten Welt-
presse.

Zwei Wochen voller Aktion, Erlebnissen und neuer Erfahrungen, zwei Wochen gemeinsamer Kampf von jung und alt, Sozialdemokraten, Antifaschisten, Gewerkschaftern, Parteilosen und Kommunisten, der sicherlich nicht in Berlin enden wird, sondern nur der Beginn einer Einheitsfront gegen Faschismus und

Krieg sein kann.

Wenn du auch gegen Krieg und Faschismus bist, wenn du auch etwas gegen den verfassungswidrigen Umbau des Staates, die Zersetzung der Demokratie und die Militarisierung der Gesellschaft tun willst:



chen aufmischen, den Klassenkampf gegen den Notstand der Republik ein großes Stück nach vorne bringen und verbreitern. Frei nach Bertolt Brecht werden wir sprechen, wo noch geschwiegen wird. Wo Unterdrückung herrscht und von Schicksal die Rede ist, werden wir die Name nennen. Wohin sie

Dann unterstütze die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ – Hilfe mit bei der Vorbereitung des Zuges! – Nimm teil an dieser außergewöhnlichen Aktion!

(Julia, Bremen)

Mit Stadtplänen und Zollstock unterwegs auf der Route des Zuges

Nur noch wenige Wochen bis zur Aktion. Immer öfter kommt da die Frage auf; „Wo geht's lang?“, eine berechtigte Frage, die wir versuchen wollten, zu beantworten. Zwei Wochen lang fuhren wir, das heißt ein Vertreter des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und ich für den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zu Betrieben, durch

Städte und Kasernen. Herausgekommen sind etwas über 2000 km, die wir im September mit dem Aktionszug abfahren wollen.

Gestartet sind wir in Wörth. Weiter ging es über Stuttgart, Ingolstadt, Regensburg und Schweinfurt. Kurz bevor wir in Offenbach bei Frankfurt am Main ankamen, fanden wir uns plötzlich auf der Rommels-

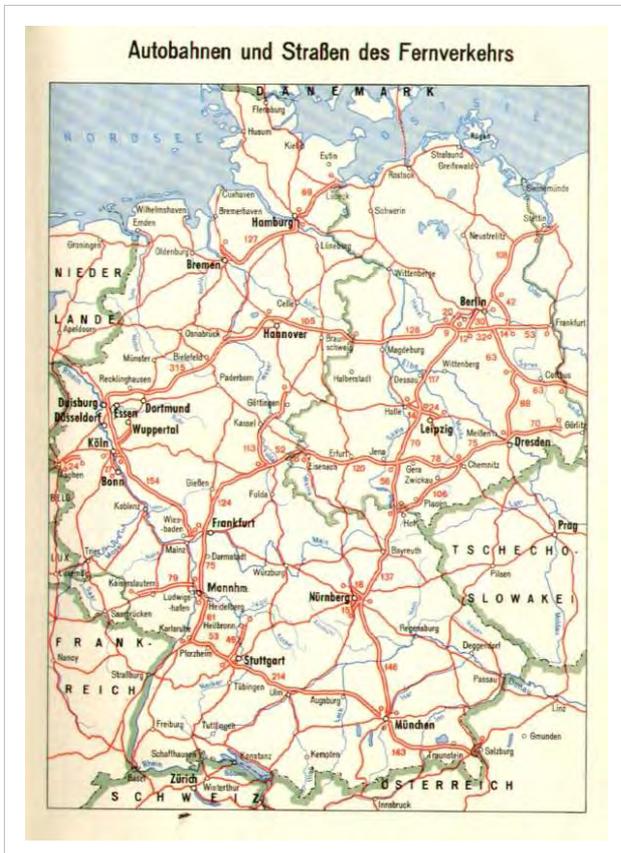
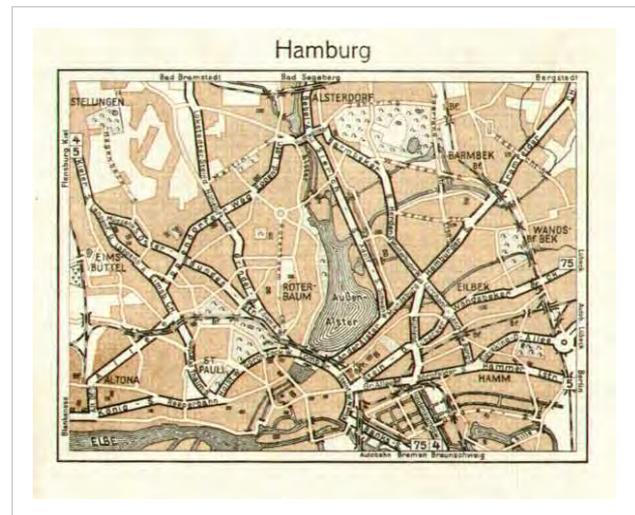
straße wieder. Diese führte mitten durch die Saleckkaserne, nahe dem Truppenübungsplatz Hammelburg. Bekannt nicht nur durch Foltern als „normale Situation“ zwischen den Soldaten, sondern auch durch die Übungen der Armee gegen streikende Arbeiter.



beiter.

Weiter ging es über Köln, Dortmund, Osnabrück, Salzgitter, Wolfsburg, Bremen und Hamburg. Der Weg durch Potsdam, vorbei am verbotenen Generalstab der Bundeswehr führte uns am Ende nach Berlin. Das ganze muss nun angemeldet werden. Da kommt also einiges auf uns zu!

Warum wir die Route abgefahren sind? Also: Zur Anmeldung der Aktion brauchen wir alle Namen der Straßen, auf denen wir fahren. Nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleinsten Käfern. Es musste geprüft werden, ob die Fahrzeuge überall durchkommen, das heißt: jede Brücke, jeder Tunnel, etc. die wir passieren, dürfen nicht niedriger als 4 Meter sein, sonst könnten wir mit den Hahnenkämmen, die noch auf den LKWs montiert werden müssen (!) dort hängen bleiben. Ebenso muss jede Fahrspur mindestens 2,5 Meter breit sein, damit die W 50 überhaupt durchkommen. Die Durchfahrt für



7,5-Tonner muss erlaubt sein und noch vieles mehr. Teilweise haben wir ganze Orte umfahren müssen, damit wir die 4 Meter Höhe nicht unterschreiten.

Nun kennen wir die Strecke und können sie denjenigen, die im Führungsfahrzeug fahren, geben. Das ist unabdingbar notwendig, denn wir werden während der gesamten Aktion von der Polizei „geleitet“ werden. Kennen wir die Strecke nicht, so könnten uns die „Freunde und Helfer“ dieses Staates der Monopole ganz leicht fehlleiten. Dann könnten wir z.B. in Straßen landen, wo die Fahrzeuge nicht durchkommen oder nicht wenden können. Jetzt muss die Anmeldung nur noch in den zuständigen Ordnungsämtern abgegeben werden, das heißt, in 10 Bundesländern, 10 bis 20 so vielen Städten und Kreisen.

Bei der Fahrt wird in jedem Fall jeder auf seine Kosten kommen: ob nun Großstadtkind, das hohe Häuser und volle Straßen liebt; ob Landkind, dem der Geruch von frisch gemähtem Heu wie zu Hause vorkommt; ob Wanderer, dem idyllische Strecken, die quasi immer Hügel rauf, Hügel runter, Hügel rauf verlaufen, am Straßenrand alte Bäume oder Gesteinswälle zu zeigen bereit sind, wie Urlaub vorkommt – all das ist auf der Strecke zur Genüge vorhanden. Doch vor allem wollen wir natürlich nicht die

Natur, sondern die Menschen erreichen! Betriebe, in denen 30.000 Arbeiter ausgebeutet werden, werden unsere Ziele sein. Kasernen, die so groß sind, dass man auf Bundesstraßen mitten durch sie hindurch fahren kann; die mit ihren Baracken, den Offizierscasinos und den Schulungsgebäuden größer sind als so manches Dorf, durch das wir fahren werden.

Zwei Wochen lang sind wir quer durch die BRD und die annektierte DDR gefahren, meinen Fähigkeiten in Sachen Kartenlesen und Geographie hat es auf jeden Fall geholfen. Bei der Routenprü-



fung haben wir dadurch, dass wir jeden Abend an einem anderen Ort übernachtet haben, auf jeden Fall gemerkt, dass die verschiedensten Menschen Teil der Einheitsfront sind. Und dass die Arbeit überall voran geht, an jedem Ort anders. Die Einheitsfront wächst, denn eines ist klar: „*Wer seine Lage erkannt hat, wie sollte der aufzuhalten sein?*“ (B. Brecht)

Kommt, kämpft gemeinsam mit uns gegen den Notstand der Republik!

(Marlene, Bremen)

Fünf LKWs mit Geschichte und Instandsetzungsbedarf

Bei der Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ kommen zwei Unimogs, zwei IFA W50 LKWs und ein Hanomag LKW zum Einsatz. Alle Fahrzeuge stammen aus dem Anachronistischen Zug, einer Brecht Aktion, die zuletzt 1994 stattfand. Der W50 ist ein kleiner, aber sehr kräftiger LKW aus der DDR, absolut geländegängig und selbst für die Wüste geeignet, ähnlich dem westdeutschen Unimog von Mercedes. Alle diese Fahrzeuge haben schon einige Jahre auf dem Buckel und müssen nicht zuletzt auf Grund der langen Standzeit generalüberholt werden. Zur Zeit stehen sie noch bei Berlin. Anfang August sollen die zwei W50 und der Hanomag nach Würth überführt

werden, bis dahin gibt es noch einen Haufen zu tun, damit der Härtetest nicht nach hinten losgeht. Deswegen fand vom 17. bis zum 19. Juni ein weiteres Schrauberwochenende statt.

Das Schrauben geht weiter – Einer der dabei war berichtet...

Nach langem Stehen ranzt das Öl und süfft der Sprit, was nicht ganz dicht ist lässt seinen Gefühlen



Schrauber beim Schrauben

freien Lauf. Der Hanomag AL28 ist nun komplett „abgeschmiert“, d.h. alle Gelenke, Getriebe usw. sind gefettet, die Bremsen gehen auch wieder, der Bremstest ergab 20 Meter Bremsspur aus geschätzten 40km/h, d.h. gefühlten 120km/h - der Tacho hört bei 25 auf zu funzen. Bei einer Federung, die zwischen Sitz und Arsch stattfindet, kommt es einem immer a bisserl schneller vor. Ein geiles Auto! So alte Technik, unsynchronisiertes Getriebe und fährt sich wie ein PKW.

Die W50 sind soweit so gut, nur würden wir so gern die Tanks austauschen, damit die Filter nicht ständig getauscht und gereinigt werden müssen. Denn nach etwa 20 Jahren rumstehen, ab und zu mal angeschmissen werden, wieder rumstehen, sind Tank und Kraftstoffleitungen voll versottet. Die Schwebstoffe im Diesel, der Staub der durch die Tankentlüftung und der Dreck, der beim Betanken mitkommt haben eine derartige Schlammschicht gebildet, dass bereits beim letzten Einsatz die Ansaugrohre gekürzt wurden, damit auch wirklich Diesel angesaugt wird.

So fuhr ich nach Ludwigsfelde, da gibt es dank einiger Liebhaber noch das alte IFA Teilelager, die auch bis auf die Tanks (Schluchz) alles da haben. Ein Jammer, dass die DDR mitsamt ihrer prächtigen Technik abgewickelt wurde. 1990 haben eben diese

Unimog (Universal Motorgerät)



Hersteller	Mercedes Benz AG Abteilung Unimog, Gaggenau
Baumuster	404.1 (Unimog S)
Typ/Einsatz	U 82 Militär
Motor	6 Zyl. Reihe, Viertakt-Vergaser, Wasserkühlung, Typ M180
Hubraum	2195ccm
BohrungxHub	80 x 72,8 cm
Leistung	82 PS (60kW) bei 4850 Upm
Antrieb	Allrad; Vorderräder zuschaltbar
Wattiefe	800mm
Steigfähigkeit	45°
Getriebe	6Vor, 2Rück., Vollsynchron-Getriebe, Differenzialsperren vorn/hinten 100%
Bremsen	Hydr. Trommelbremsen VuH
Lenkung	DB-Kugel-Umlauflenkung
Höchstgeschwindigkeit	95 km/h
Leergewicht	2900kg
Zul. Gesamtgewicht	4750kg
Radstand	2900mm
Reifengröße	10,5x20
Gesamthöhe mit Aufbauten	3750mm
Baujahr	1963-71
Verbrauch	30 Liter Super
Wendekreis	12,5m
Tankinhalt	2x60
Elektrik	24 V

Hanomag AL 28



Hersteller(Motor)	Rheinstahl Hanomag
Typ	D28 ALAS
Antriebsart	Diesel
Leistung(PS bei U/min)	70 bei 2800
Hubraum(cm³)	2780
Hersteller(Aufbau)	Fahrz.werk Kannenberg
Art	geschl. Kasten
Sitzplätze(einschl. Führerplatz)	3
Leergewicht(kg)	3950
Zul. Gesamtgewicht(kg)	4400
Zulässige Achslast(kg)	vorn 2100
Zulässige Achslast(kg)	hinten 3700
Zahl der angetriebenen Achsen	2
Radstand(mm)	3480
Art der Bereifung vorn	einfach Luft
Art der Bereifung hinten	einfach Luft
Größe der Bereifung	10.50 - 20
Bremsen	Druckluft / Hydraulik
Höchstgeschwindigkeit	85 km/h
Standgeräusch	80 dB
Fahrgeräusch	86 dB



Verladung eines W50 zum Transport

Fahrzeuge als Teil des Anachronistischen Zugs noch gegen die Einverleibung und Abwicklung der DDR protestiert. Bessere als solche Veteranen dieser Aktionsform hätten wir überhaupt nicht kriegen können. Die alte Gestaltung ist zwar weg, aber die Geschichten sind noch da, die technische Gruppe weiß haufenweise zu berichten, über Vorkommnisse auf dem Weg, durchschraubte Nächte, verschwundene Fahrer, eine 1,5 km Kolonne, die Berlin blockiert, so lang es halt dauert die juristischen Verhandlungen zu führen; Fahrtrainings, in denen geübt wird, dass alle zig Fahrzeuge auf ein Zeichen gleichzeitig losfahren, denn eine Kolonne ist wie ein einzelnes Fahrzeug. Ich denke nach unsrer Klassenkampf statt Wahlkampf Aktion werden wir der reichen Geschichte dieser Fahrzeuge und ihrer Funktion als Darsteller einiges hinzugefügt haben.

Ich staune immer wieder, was der W50 alles kann. Beim Probefahren auf dem Parcours, der dort auf diesem abgewrackten Rote-Armee-Kasernen-Gelände eingerichtet wurde, wie überhaupt auf dem gesamten Gelände kann man herrlich ausprobieren, was das Fahrzeug und der Fahrer so hergeben. Ich bin erst mal voll im Sand steckengeblieben, vorwärts, rückwärts, nix. Auf dem Führerhaus stehend, wenigstens da gabs Empfang, wurde mein Hilferuf beantwortet mit: "Hast scho den Gländegang probiert?". Aha, soso, schwups on tour again! Und wenn das nicht hilft gibt's immer noch die Seilwinde, die nach vorn, wie nach hinten die 6,5 Tonnen Stahl aus dem Dreck zieht. Schon mal von nem Fahrzeug mit taktischer Reifenbefüllanlage gehört? Mit dem Teil kann man aus dem Führerhaus den Reifen plätten, z.B. bei Schlamm oder Sand und für die Straße mal eben wieder befüllen, alles mit dem Bordkompressor, direkt vom Fahrersessel. Das einzige was dringendst noch nachgerüstet werden muss ist ein schüttelfester Getränkehalter.

Die Unimogs haben wir links liegen lassen, die werden ohnehin nicht auf eignen Rädern überführt.

W50



Länge	6,53 m
Höhe	2,60 m (mit Plane 3,50 m)
Breite	2,50 m
Motor	4 Zyl. Diesel
Hubraum/PS	6560/125 PS bei 2200 U/min.
Drehmoment	392 Nm bei 1350 U/min.
Kühlung	Wasser
E- Anlage	24 V
Kupplung	Einscheiben-Trockenkupplung
Getriebe	synchr. 5 + 1 Gang-Getriebe
Federung	Blattfedern mit Stoßdämpfer
Bremse	hydro.-pneumat. Allradbremse
Radstand	3,20 m
zul. Gesamtgewicht	Abgelastet 7500kg
Leergewicht	6400 kg
Höchstgeschwindigkeit	65 km/h
Verbrauch	25 Liter / 100km
Wendekreis	16m
Tankinhalt	150 Liter
Baujahre	1969-75
Hersteller	VEB IFA-Automobilwerke Ludwigfelde

Erste technische Überlegungen zur Gestaltung und der Höhe des Aufbaus haben ergeben, dass der Hahnenkamm direkt an den Spriegeln befestigt und ausfahrbar oder klappbar gebaut werden könnte, so dass sie über Nacht eingefahren und Planen drüber geworfen werden können. Fertig ist das Zelt der Nachtwache! Die Gestaltungsarbeiten werden dann noch richtig spannend, wenn erst mal die konkrete Gestaltung feststeht und die Fahrzeuge in Wörth bereitstehen.

Bis unsere Klassenkampf-Mittel dann einsatzfähig sind, ist noch viel zu tun, also los.

(Joachim)

AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

Aktionswochenende im Ruhrpott

Am 25./26. Juli fand ein Aktionswochenende des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik im Ruhrpott statt. Dabei sind wir u.a. in die Dortmunder Innenstadt gegangen um die Aktion bekannt zu machen, da der LKW-Konvoi „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik!“ auch diese Stadt passieren wird.

Ein Bericht:

Wenn man als Flugblatt-Verteiler einem Passanten etwas von der Notwendigkeit erzählt, doch mehr zu tun als nur ein Wahlkreuzchen zu setzen um tatsächlich etwas gegen die bestehenden Verhältnisse in diesem Land zu tun, kann es passieren, dass man folgendes zu hören bekommt: „Was man heute noch tun kann ist zur nächsten Polizeistation gehen, dort einen Staatsanwalt anfordern und mit ihm auf's Land fahren um dort erst mal die armen Hühner frei zu lassen!“ – Man muss jedoch hinzufügen, dass dieser Passant unter dem Eindruck eines um Hilfe rufenden und outfitmäßig für Dortmunder Innenstadt Verhältnisse tatsächlich (krisenbedingt) verarmten Kapitalisten stand, der sich direkt neben ihm aufhielt.

Einige Jugendliche aus Köln (inklusive zweier „älterer“ Mitkämpfer), Hamburg und Bayern taten im letzten Juli-Wochenende dennoch mehr, als nur „arme Hühner“ frei zu lassen. Sie konfrontierten die Dortmunder in der Innenstadt eben mit diesem, oben erwähnten Kapitalisten, sowie einer sich in dessen Schlepptau befindenden „Angie“ (Angela Merkel Darstellerin), um dann vor allem auf diejenigen zuzugehen, die in irgend einer Form auf die Provokationen der beiden reagierten.

Und es wurde reagiert. Die Krise ist vielen bewusst und die Option – Klassenkampf statt Wahlkampf – für die Menschen, auch in der Dortmunder City, eine ernsthaft zu überlegende Option.

So verteilten wir insgesamt gute tausend Flugblätter zur Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik!“ und diese eben nicht wahllos.

Natürlich bleibt die „Innenstadtfrage“ - also ob es sinnvoll ist, dort zu verteilen oder nicht, immer schwierig, in den Schulferien und während einiger sogenannter Betriebsferien bleibt uns jedoch nichts anderes übrig, als eben die Schüler und Arbeiter in der Innenstadt zu suchen und – wie das Wochenen-

de gezeigt hat – auch bei weitem nicht in geringer Menge zu finden. In Kombination mit einigen Stadtverschönerungen (auch in Bochum) gelang es uns also, die Aktion ein großes Stück bekannter zu machen.

Das Wochenende hat außerdem gezeigt, dass man mit einem Zelt im Gepäck sehr wohl auch in solche Städte fahren kann, in denen man noch niemanden kennt, der uns eine Unterkunft zur Verfügung stellen könnte.

(Jan, Regensburg)



Aktionstag in Bremen

Summer in the City

An einem sonnigen Frühsommertag trafen sich einige Jugendliche um ein gemeinsames Frühstück abzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt konnte noch niemand ahnen, wie sich der weitere Verlauf des Tages entwickeln würde. Obwohl es ein warmer Sommertag zu werden schien, merkten einige der jungen Leute an, dass sie auf dem Weg zum Treffpunkt wahrgenommen hätten, wie grau und trist diese Stadt doch eigentlich sei und ob es nicht an der Zeit wäre der Stadt einen neuen Anstrich zu verpassen. Gesagt, getan.

Denn zufälligerweise stießen sie in den Räumlichkeiten auf ein paar äußerst interessante Sprühschablonen, in denen zu lesen war „Klassenkampf statt Wahlkampf, gegen den Notstand der Republik!“.

Diese Worte kamen den jungen Menschen merkwürdig vertraut vor und sie er-

innerten sich daran, dass sie vor einigen Tagen Kunde darüber erhielten, dass es im Zuge der Bundestagswahlen im September eine kunstpolitische Aktion geben soll, die unter der oben genannten Losung steht.

Da diese Aktion, als sie von ihr hörten bei ihnen große Begeisterung hervorrief, beschlossen sie einige Sprühflaschen zu kaufen und die graue Stadt mit eben diesem Spruch etwas schöner und ansehnli-



cher zu gestalten.

Des Weiteren fanden sich auch viele Plakate, die dem Anschein nach diese kunstpolitische Aktion, bewerben sollten. Kurz darauf gesellten sich zu den Sprühdosen noch einige Eimer mit Kleister und die Jugendlichen zogen in verschiedenen Gruppen aus um ihr Werk zu vollbringen und der Tristheit ein Ende zu bereiten. Bald darauf konnte man die ersten Sprühversuche, wie z.B. an Stromkästen ausmachen und auch die ersten Laternenpfähle waren bereits mit besagten Plakaten versehen.

Es dauerte nicht lange und die „Sprayer“ hatten den Dreh raus. Selbst unvorhergesehene Probleme wie beispielsweise das Verkleben des Sprühköpfchens konnten umgehend mit Hilfe einer Sicherheitsnadel gelöst werden und die mutiger gewordenen schwarz gefärbten Finger und Hände arbeiteten fleißig vor den beobachtenden Augen von Passanten und Arbeitern, ohne dass diese Anstoß daran nahmen.



Um den Menschen, die beispielsweise vor Fußgängerampeln auf grünes Licht warten oder an Haltestellen auf die Straßenbahn die Wartezeit ein wenig interessanter zu gestalten, versahen die Künstler selbst die Pflastersteine mit dem anregendem Slogan „Klassenkampf statt Wahlkampf, gegen den Notstand der Republik!“.

Nach ca. zwei Stunden gab die Sprühdose ihren Geist auf und die Designer waren auf Grund dessen gezwungen den Rückweg anzutreten. Beim nächsten mal, so berieten sie: „Wäre 'ne Dose mehr auf jeden Fall 'ne gude Sache!“

Für mehr politische Kunst in den Städten!!!

(G. und R., Bremen)

„Hoch mit der Bildung! Runter mit der Rüstung!“

Smarte Typen, immer ein Lächeln auf den Lippen, stets zum Dialog mit den Schülerinnen und auch den Schülern bereit. So präsentieren sich die Jugendoffiziere im Unterricht. Insofern hätte es wohl die etwa 3000 demonstrierenden Schülerinnen und Schüler am 20. Juni in Düsseldorf auch nicht überrascht, wenn echte Bundeswehroffiziere sie bei ihrem Protest begleitet hätten. Der von Aktivisten aus Köln dort platzierte Offizier ließ sich allerdings gleich unschwer durch seine Uniform als gefälscht identifizieren. Auch dass er von zwei Schilderträgern mit den Slogans „Für die sofortige Auflösung des Kooperationsvertrags zwischen Bundeswehr und Schulministerium!“ und „Auflösung aller Heimatschutzverbände!“ begleitet wurde, trug zur Klarheit der Aktion bei. Allein durch seine – auf schwarz-rot-goldenem Grund prangende – Losung „Mit uns aus der Krise! Mit dir für den Sieg im III. Weltkrieg!“ hätte sich eventuell bei dem derzeitigen Zustand des Bildungssystems der satirische Inhalt der Aktion nicht allen Demonstrierenden erschlossen.

„Bildung statt Bomben“ war zwar eine häufige Forderung, auch der Sprechchor „Hoch mit der Bildung! Runter mit der Rüstung!“, zwischendurch wurden jedoch auch mal Phrasen wie „Wir sind das Humankapital“ präsentiert.

Wohl weil man der Demo wohlwollend eine antimilitaristische Grundhaltung unterstellen darf, erregte der Fake-General erhebliches Interesse. Die Kölner Aktivisten hatten einen vierseitigen A5-Flyer dabei, der die Präsenz des Soldaten erklärte und für Mitar-



beit in der Jugend gegen den Notstand der Republik warb. Da sich aber die Demo akustisch auf hohem Niveau bewegte, konnte der General, aufgrund seiner doch noch nicht ganz so aufs Schreien eingestellten Stimme, nur am Rande der Demo tiefer gehende Diskussionen führen. Er warb für die Ausbildung als Kanonenfutter und versprach, auch ganz Blöde bekämen dafür einen Platz in der Bundeswehr. Jedoch musste der General erkennen, dass sich auf der Demo fast nur Linke bewegten, und die könne man nun wirklich nicht brauchen. Die Kölner Genossen hatten zum Glück aber für diesen Fall vorgesorgt und für die interessierten Schüler und Studenten auch Material zur Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf“ mitgebracht. Zudem schmückte die Losung die sehr auffälligen Rückenschilder.

Die Schülerinnen und Schüler sperrten unterdessen die ein oder andere Düsseldorfer Kreuzung durch Sitzblockaden – was den General wieder motivierte: „Ja, sitzenbleiben – niemand wird hier versetzt!“ Doch kurz darauf wurden sowohl General als auch begleitende Aufklärungstruppe von höherer Gewalt zum Rückzug gezwungen. Die Flugis waren ausgegangen. Die Munition dürfte allerdings nicht wirkungslos verschossen worden sein. Die meisten Schüler lasen sie gleich vor Ort voller Interesse. An

den Rückmeldungen der Jugendlichen muss sich nun zeigen, wie gut damit auch die Jugendoffiziers-Propaganda in den Schulen enttarnt werden konnte.
(Ben, Dortmund / Regensburg)



Ein Krokodil vor BMW

Was macht das Krokodil vorm Tor?

Das fragten sich viele, als sie noch schlaftrunken in den Betrieb gingen. Und doch ahnte einige, dass



diese gefräßige Tier, aus dessen Maul nur noch „Reste eines Kollegen“ hingen, nichts als Unheil bedeuten kann, als sie hoch zu den Chefetagen zeigten, es würgten oder mit den Füßen traten. Die Antwort gab die Flugschrift „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik!“.

(Aktion des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Ortsgruppe München)





Aktionstag in Regensburg



Gerade noch rechtzeitig vor Beginn der großen Schulferien veranstaltete das Regensburger Bündnistreffen „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik!“ einen Aktionstag zur Mobilisierung für die Aktion.

Laut Polizei führten wir dabei schon zu Beginn des Tages vor einer recht großen Schule eine Versammlung durch, hielten sich doch drei Personen zur gleichen Zeit am gleichen Ort auf. Dort hielt einer dieser einem ranghohen Bundeswehrler ähnlich aussehenden mit einem Schild in der Hand („Mit Uns aus der Krise! Mit Euch in den Krieg!“) ständig Reden. Zumindest durch deren (Polizei) zahlreiche Anwesenheit im Verlauf der Zeit, kann man tatsächlich von einer Versammlung sprechen, die Aufmerksamkeit bei den Schülern jedenfalls war spätestens dadurch gesichert. Dabei verteilten wir das Schülerflugblatt des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zu „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik!“, was sehr gut angekommen ist.

Zum Schichtwechsel bei BMW versuchten wir es dann mit einem Kapitalisten und Angela Merkel. Dabei bemerkte der Kapitalist ständig zu seinem Anhängsel, dass er jetzt in der Krise sehr viel Geld brauche und außerdem doch bitte vor einer sehr wahrscheinlich aufbegehrenden Arbeiterklasse den entsprechenden Schutz benötige bzw. das Aufbegehren sofort im Keim zu ersticken sei. Das Gegenüber sagte dem maulendem Kapitalisten natürlich alles zu, forderte ihn jedoch zur Zurückhaltung auf, man befinde sich ja schließlich im Wahlkampf. Ein halbes Duzend Verteiler – alle im roten T-Shirt – sorgten dann für den konkreten Alternativvorschlag. Was dabei besonders gut ankam, war der Hinweis darauf, dass die fünf LKWs sogar bis vor eben diese Werkstore kommen werden, um dann weiter durch die ganze Republik zu ziehen.





ten von ihnen das Flugblatt gleich überflogen um zu verstehen, was das ganze denn sollte.

Eigentlich wollten wir vorher noch mit dem bleichen Kapitalisten am Gewerkschaftshaus vorbei, diesen vorm Eingang hinstellen und alle sich im Haus befindenden nach draußen bitten, da da jemand sei, dem es wohl recht schlecht gehe. Leider war gegen 15.00 Uhr nur schon zu sehr tote Hose, als dass es sich noch gelohnt hätte. Wir wollen das ganze aber auf jeden Fall nachholen.

(Jan, Regensburg)

Am späteren Nachmittag führten wir nun auch offiziell eine Veranstaltung, also eine Kundgebung und Umzug mit Kunstcharakter, durch. Diesmal befand sich der Kapitalist allerdings ziemlich bleich mit der Diagnose „Kriseritis“ (was er der Öffentlichkeit auch per Tafel mitteilte) in einem Rollstuhl und wurde von zwei Ärzten durch die Innenstadt befördert. Gleich dahinter marschierte wieder der schon morgens vor der Schule aufgetauchte ranghohe Bundeswehrlere mit dem erwähnten Schild in der Hand. Natürlich auch dabei waren einige Verteiler in roten T-Shirts. Durch diese „Mini-Demo“ erlangten wir quasi bei allen uns kreuzenden Passanten starke Aufmerksamkeit bis Zustimmung und die Garantie, dass die meis-



Mit Stahlfässern und Agitprop in der Bremer Innenstadt

Wir, das Ensemble des Brecht-Jugendprojekts Bremen und der Agitproptruppe Roter Pfeffer, haben am Freitag, den 26.06.2009 ein Programm in der Bremer Innenstadt, für die Unterstützung der Aktion

„Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik!“ gemacht. Das beinhaltete auch ein Kapitel aus unserem aktuellen Stück „Neues aus Mahagonny“, sowie ein paar unserer Trommel-



motive, Sprechchöre und Lieder. Weiterhin wurden Kurzreden gehalten über Themen wie Katastrophenschutz, Militarisierung der Gesellschaft und sogenannte „Kriegsspiele“ der Bundeswehr mit Kindern. Das Publikum wurde mit den Reden auch gern direkt angesprochen und wir waren erfreut über die Reaktionen, die besonders bei dem Rätsel „Wer bin ich?“ zu sehen

waren. Eine Darstellerin hat sich als Kapitalismus verkleidet und wollte, dass die Menschen sich Gedanken machen wer gemeint ist in dem sie den Kapitalismus charakterisiert hat. Die ersten Kommentare darauf waren unter anderem „Hitler“ und „Faschismus“, die richtige Antwort wurde aber nach einigen Versuchen von einem Jugendlichen erraten. Nebenbei wurden von Kollegen aus dem Mercedes Werk Bremen Flugblätter zur Aktion „Klassenkampf

statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik!“ verteilt. Das Programm wurde zweimal durchgeführt und dauerte ca. 30 bis 45 Minuten, anschließend wurden Spenden gesammelt und nach 5 Minuten ging es in die zweite Runde. Wir waren mit dem Ergebnis zufrieden und freuen uns auf weitere Open-Air-Programme.

(Kristina, Bremen)

Auf der Straße in Frankfurt am Main

Am 18.07.2009 hatten wir in Frankfurt/Main den ersten Wohngebietseinsatz zur Bekanntmachung der Einheitsfrontaktion „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ im Stadtteil Bockenheim. Genossen des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und Sympathisanten verteilten Flugblätter und suchten die Aufmerksamkeit der Passanten mit Hilfe von Agit-Prop-Theater. Ein Kapitalist, typisch Pfeife rauchend, provozierte die Vorbeigehenden und warnte auch vor der Weltwirtschaftskrisen-Lösung der Kapitalisten: Krieg! Dabei durfte natürlich auch der Militarist nicht fehlen. Die Aktion "Klassenkampf" wurde bildlich mit einem Leiterwagen dargestellt. Weitere Stadtteileinsätze folgen am 08.08.2009 in Bornheim und am 15.08.2009 im Gallusviertel.

(Sandy, Frankfurt am Main)

Neues aus Mahagonny auf Tournee

Ein Stück über die Krise

7 Stahlfässer, 6 Plastikfässer, 15 Jugendliche, ein kleines Orchester und einzelne Instrumentalisten, das ist die Grundausstattung für das Krisenstück.

Wenn wir uns dann vorher eingerichtet und ein gesungen haben, kann`s auch schon los gehen! In einer dreiviertel Stunde behandeln wir vier Krisen. Eine gewöhnliche, dann die Weltwirtschaftskrise von 1929-32, samt Hitler und Weltkrieg. Die von 1966-67, samt der entgegengesetzten Antwort: der 68er Bewegung. Und die heutige Weltwirtschaftskrise, inklusive unserer Antwort: das Sichere ist nicht sicher.



Unser Stück ist angelehnt an die Oper „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ von Bertolt Brecht. Und deshalb stellen wir natürlich auch die Frage was man denn alles so dürfen darf oder eben auch nicht.

In welchem Rahmen wir auftreten bzw. spielen, kann ganz verschieden sein: Veranstaltung, Konferenz, Kundgebungen, oder was auch immer. So waren wir zum Beispiel gerade in München und haben auf einer Veranstaltung des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD zur Frage der Krise gespielt und ebenso waren wir gerade auf dem Antifa Camp in Buchenwald, um dort am letzten Abend die Woche mit ein wenig Kultur zur Krise ab zu runden. Ihr seht also, wir touren fast überall hin. Dabei machen

wir auch immer Werbung für „Klassenkampf statt Wahlkampf – gegen den Notstand der Republik!“. Denn keine bessere Antwort auf die Frage „Aber was soll man gegen all das denn tun?“, könnten wir geben, als eben diese Aktion im September 2009. Ihr seht also wir machen wir jeden Spaß mit, so lange keiner vom Fass fällt oder weg rollt!

Wer sich also vorstellen kann, die Krise einmal anders zu erklären, der hat mit uns sicher seinen Spaß! Sollte das der Fall sein oder Ihr mehr Informationen zu uns oder unserem Stück benötigen, meldet euch bei Angela Kammrad (Telefon: 0421/395208).

(Katrin, Bremen)

MACH MIT!

...bei der Aktion!

Zwei Wochen, beginnend am Samstag, den 12. September in Würth und endend am 27. September in Berlin, werden wir mit dem LKW Konvoi „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ durch die Republik fahren, vor Betrieben und an Plätzen halten und unserem Kampf Ausdruck verleihen! Lass Dir das nicht entgehen und sei dabei!

Anmeldungen oder Fragen bitte an: Info@Jugendkongress-NdR.de

...bei der Vorbereitung der Aktion!

Damit die Aktion ein Erfolg wird, haben wir noch einiges zu tun. Daher sei dabei, wenn wir:

von Freitag, den 28. August bis Sonntag, den 30. August 2009 in Würth gemeinsam mit Kollegen und Unterstützern der Aktionseinheit die Wagen für den Konvoi herrichten, aufbauen und aktionsbereit machen.

am Samstag, den 5. September 2009 bei der Großveranstaltung der IG Metall in der Commerz Arena in Frankfurt am Main ein erstes Mal mit unserem Konvoe „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ auftreten.

Anmeldungen oder Fragen bitte an: Info@Jugendkongress-NdR.de

...durch eine Unterstützungserklärung!

Die Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!“ ist eine Einheitsfrontaktion: Egal ob Sozialist, Kommunist, parteilos, Gewerkschafter, Antifaschist, ob jung oder alt – um den Kampf gegen den Notstand der Republik zu gewinnen, müssen wir uns zusammenschließen und

eine Einheitsfront bilden. Zum Ausdruck kommen kann dieser Zusammenschluss durch eine Vielzahl an Unterstützungserklärungen – von Organisationen, von Gremien!

Einfach schicken an: Info@Jugendkongress-NdR.de

...durch eine Spende!

Jeder Cent, jeder Euro ist notwendig. Allein um den Konvoi ins Rollen zu bringen, braucht es schon einiges an Benzin und der kostet. Aber auch die Flugblätter, die Übernachtungen während der Aktion – alles geht nicht ohne Spenden. Ganz konkret kannst Du beispielsweise spenden bzw. Spenden sammeln für 100 Meter, die der Konvoi fährt – das kostet umgerechnet nämlich etwa 5 Euro!

Spenden bitte an:

K. Schmitt

Postbank Nürnberg

Konto-Nr.: 359071438

BLZ: 360 100 43

Mach mit! Kämpf mit!



Materialien zur Aktion

Klassenkampf statt Wahlkampf - gegen den Notstand der Republik!

So viele Menschen, wie möglich sollen um unsere Aktion wissen – das geht aber nur, wenn wir auf verschiedenste Art mit unterschiedlichen Materialien die Aktion bekannt machen. Hierzu gibt es inzwischen einiges, was bestellt werden kann:



Flugblatt (1. Auflage)

Mit Stellungnahmen aller Einheitsfrontparteien (Überformat, 6seitig). Auszüge aus der gemeinsamen Flugschrift:

„Wir erklären, dass wir in diesem Jahr in der gemeinsamen Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“ den Kampf führen werden auf den Straßen und Plätzen, von Fabrik zu Fabrik, von Stadt zu Stadt. Die Kapitalisten zentralisieren ihre Macht – lasst uns die Reihen enger schließen. Die Kapitalisten rüsten auf – ihre Aufrüstung kann nur gestoppt werden, wenn wir uns rüsten. Sie oder Wir – diese Frage stellt der Notstand der Republik an uns. Diesem System keinen Mann und keinen Cent! Jeden Cent für unsere gemeinsame Aktion. Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik! Beteiligt euch!“

„Wir – Arbeiter und Gewerkschafter, ob Sozialdemokrat, Sozialist, Kommunist oder Parteilos – sehen es als unsere Aufgabe, alles in unseren Kräften stehende zu tun, dieser Bedrohung gemeinsam zu begegnen. Mit dem Wahlkreuz kann dieser Kampf nicht geführt werden. Deshalb sind wir Teil der Aktion „Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik“. Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Fabriken, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf, das Gleiche zu tun. Schließt euch uns an, damit unser Protest in den Tagen vor der Bundestagswahl auf den Straßen und vor den Betrieben sichtbar wird.“

„Der Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik, gebildet im Mai 2007 von den Teilnehmern des Jugendkongress – Notstand der Republik, unter-

stützt die Aktion Klassenkampf statt Wahlkampf – Nein zum Notstand der Republik, weil sie seinem Begreifen absolut gerecht wird und weil sie Jung und Alt und die Klasse vereint. Gegen die Militarisierung der Jugend! Weg mit dem Notstand der Republik! Weg mit dieser Regierung des permanenten Notstands!“

Kosten pro Stück 16 Cent + Versandkosten

Plakat (1. Auflage)

Mit dem Logo der Aktion und darunter einem Auszug aus der gemeinsamen Erklärung zur Aktion

Kosten pro Stück 34 Cent + Versandkosten

T-Shirt

Mit dem Logo der Aktion, vorne und hinten. In den Größen S bis XL. Kosten pro Stück 10,00€ + Versandkosten



(hier getragen auf der 1. Mai Kundgebung des DGB in Bremen)



Sprühschablone

Kosten pro Stück 9,00€ + Versandkosten

Schülerflugblatt zur Aktion

Vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik (siehe auch im Anhang)

Kosten pro Stück ca. 15 Cent + Versandkosten

Sonstiges

...damit nicht genug, einiges wird auch gerade erst erstellt und auch das kann schon bestellt werden:

Was	Kosten
▪ Flugblatt 2. Auflage, mit den Unterstützungserklärungen zur Aktion	ca. 15 Cent
▪ Plakat mit Erklärung	ca. 35 Cent
▪ Plakat mit der Route des Zuges	ca. 35 Cent
▪ Aufkleber	ca. 10 Cent



Alle Materialien können über den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik bestellt werden. Einfach eine Mail mit der genauen Bestellung (Was?, Wie viel?) und der Liefer- und Rechnungsadresse senden an: Info@Jugendkongress-NdR.de

MATERIAL zum Notstand der Republik

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Broschüren des Jugendaktionsausschuss

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin im Kino Kosmos (Karl-Marx-Allee) der Jugendkongress „Notstand der Republik“ statt. Mit verschiedenen Referaten wurde über den derzeitigen Umbau des Staates und dessen Hintergründe informiert.



Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit

- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend
Preis: 2,00 EUR

Broschüre vom Aktivistentreffen am 2. und 3. Februar 2008
Mit den Referaten und Reden zu folgenden Themen

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60 Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3. November 2007
Preis: 2,00 EUR



Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift an: info@jugendkongress-ndr.de

Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik

Der „Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz gegen den Notstand der Republik“ hat eine Broschüre mit den Referaten und Diskussionen der Konferenz erstellt, die für die Aufklärung unter den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb, in den Gewerkschaften und im Bekann-tenkreis sehr nützlich ist.

Zur Aufrichtung der Kampffront gegen den deutschen Krieg und den drohenden Faschismus ist die Broschüre unentbehrlich. Die Arbeiter und Gewerkschafter brauchen unser



Wissen, denn die Herrschenden liefern es ihnen nicht, sie verschweigen die Wahrheit, damit ihre Kriegspläne von uns nicht durchkreuzt werden sollen.

Die Broschüre hat 96 Seiten im Format DIN A 5 und kostet pro Stück 3 Euro.

Bestellt werden kann die Broschüre bei:

Rainer Herth - Birkholzweg 11 -
60433 Frankfurt am Main
Tel.: (+49) (69) 83 27 54
Fax: (+49) (69) 83 83 34 31
E-Mail: R@inerHerth.de

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Eine vollständige Chronologie, Monat für Monat, des reaktionären Staatsumbaus und des Notstands der Republik von 2006 bis Februar 2009. Fakten und Einschätzungen, erstellt vom Aktionsausschuss „Notstand der Republik“.

302 Seiten, br., A5, 10 Euro

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei:

Verlag das Freie Buch
Tulbeckstr. 4
80339 München
Telefon: 089-54070346,
Telefax: 089-54070348
E-Mail: bestellung@dasfreie-
buch.de



Im Anhang...

...hat die Redaktion außerdem für euch zusammengestellt:

- Stellungnahme des Jugendaktionsausschuss zur Aktion
- Schülerflugblatt des Jugendaktionsausschuss

- Erklärung der 1. und 2. Arbeiter- und Gewerkschafter Konferenz
- Flugblatt für den Schülerstreik in NRW
- Flugblatt Fahrraddemo Frankfurt am Main



17.07.2009. Eine Vergleichsstudie zwischen Auszubildenden aus Hessen und Bremen deutet an, dass hier nicht nur Schüler, sondern auch Berufsschüler im Durchschnitt mehr Probleme haben. Dem will ich nachgehen, denn einerseits haben sie damit selbst weniger Chancen, andererseits ist die Qualifikation der Menschen entscheidend für die Chancen einer Region. Auch hier gibt es die Notwendigkeit zu handeln. Schon vor langen habe ich gesagt: Nach der Schulentwicklung müssen wir uns der Berufschulentwicklung annehmen.

Der Bundestagswahlkampf nimmt so langsam Gestalt an. Liberale Spitzenpolitiker werden auch in Bremen sein und es wird sicher eine Zuspitzung geben zwischen denen, die auf die soziale Marktwirtschaft setzen, und denen, die sich warum auch immer einen Systemwechsel wünschen.

16.07.2009. Klassenkampf statt Wahlkampf forderte heute ein Schmierfink an unserer Landesgeschäftsstelle. Das habe ich erstmal überpinselt. Denn eins brauchen wir wirklich nicht Klassenkampf. Den Menschen in Bremen geht es sicher nicht allen gut, doch es geht ihnen weit besser als vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten. Sozialisten und Sozialdemokraten mögen das nicht wahrhaben wollen, doch die Fakten sprechen dagegen. Damit es so bleibt, Leistung sich lohnt, der der arbeitet mehr hat als der der nicht arbeitet und damit das Bildungssystem wieder auf Leistung setzt, ist Wahlkampf nötig. In Wahlen entscheidet sich, wo es künftig langgeht.



Stellungnahme

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik
zur Aktion:



Wir sehen:

Die Bundeswehr hat eine Kooperationsvereinbarung mit dem Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen abgeschlossen. Es war schon lange so, dass die Bundeswehr Unterrichtsmaterialien für Schulen zur Verfügung gestellt hat, dass einzelne Unterrichtseinheiten von Soldaten, sogenannten Jugendoffizieren, übernommen wurden, dass bei jeder Berufsorientierungswoche Soldaten fürs Töten geworben haben. Bisher war das wenigstens offiziell eine freiwillige Angelegenheit, die Entscheidung, ob man tatsächlich Jugendlichen das Töten als Beruf und Zukunftsperspektive anbieten möchte, dem Lehrer überlassen. Und auch ein mutiger Schüler konnte sagen, dass er mit der Mörderbande nix am Hut haben will. Mit dem neuen Kooperationsvertrag gehört diese Freiheit der Vergangenheit an. Und nicht nur das. Lehrer und vor allem Referendare, also die Lehrer von morgen, können künftig von Soldaten ausgebildet werden. Worin? In Fragen der Politik. Wann wo Krieg zu führen ist, warum das notwendig und richtig ist und wie man Schülern erklärt, dass Bomben werfen eine tolle Sache und Deutschland dazu absolut berechtigt ist. NRW wird vermutlich kein Einzelfall bleiben.

Die Bundeswehr sitzt im Arbeitsamt (in 11 Städten permanent und in 204 Städten mit regelmäßigen Sprechstunden). Hartz 4 Empfänger unter 25 werden dazu gezwungen, ein Gespräch mit der Bundeswehr als möglichem Arbeitgeber zu führen, ansonsten werden ihnen die Leistungen gestrichen.

Im neu aufgebauten Heimatschutz werden alle zivilen Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt. Jeder Jugendliche, der Rettungsschwimmer beim DLRG ist, bei der freiwilligen Feuerwehr mitmacht usw., trainiert jetzt zusammen mit Soldaten, wie Deutschland vor allen möglichen oder unmöglichen Unglücksfällen zu schützen ist. Das Schleppen von Sandsäcken ist dabei Nebensache. Tatsächlich geübt wird aber, wie man Großdemonstrationen im Griff behält und wie Aufstände und Streiks niedergeschlagen werden.

An einer Berufsschule in Hamburg wird zur Zeit ein Pilotprojekt mit dem THW durchgeführt. Das THW führt dabei Übungen mit den Schülern durch, aus dem Aufgabenbereich des THW. Die Schüler lernen also eine externe Stromversorgung zu errichten, was sicherlich eine hilfreiche Sache ist bei Stromausfällen, die durch Stürme oder Schnee entstehen, hilfreich aber vor allem, um in Betrieben, wo die Stromversorgung von streikenden Arbeitern gekappt wurde, weiter arbeiten zu können. Genau dafür wurde es nämlich vom THW entwickelt. Das THW ist direkter Nachfolger der Technischen Abteilung, später Technischen Nothilfe, laut eigenen Angaben ein „Kind der Revolution von 1918/19“. Wir meinen eine Missgeburt dieser Revolution. Denn da wurde die Technische Abteilung gegründet, um die massenhaften Streiks zu brechen, denen man mit dem Militär allein nicht beikam. Erst in den 30ern übernahm die Technische Nothilfe zusätzlich zivile Aufgaben. Im Faschismus arrangierte sie sich mit den Nazis ganz ausgezeichnet. 1945 wurde sie deswegen von den Alliierten aufgelöst, aber schon 1950 als THW wieder gegründet mit genau den gleichen Aufgaben: Streikbruch und Katastrophenschutz. Dieses THW ist heute im Ausland unterwegs und im Inland im Heimatschutz aktiv und jetzt an Schulen, um sich seinen Nachwuchs ranzuzüchten.

Das ist nicht alles, was in diesem Land seit 1990 passiert und was wir als Notstand der Republik bezeichnen. Aber es ist das, was mit der Jugend im Notstand der Republik passiert. Dieser Jugend, die Kriege nur aus der Geschichte oder als „humanitären Einsatz“ kennt. Und die vor allem die 1990 einkassierte Alternative zu Krieg, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, die DDR, nur aus den Lehrbüchern der neuerdings von Soldaten unterrichteten Lehrer kennt. Und da steht in den seltensten Fällen drin, dass es durchaus in einem Deutschland möglich war, mit den Völkern in Frieden zu leben und keine Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut (auch trotz Arbeit) zu haben. Da steht drin, dass Deutschland mit seiner Geschichte abgeschlossen hat und sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen kann. Und dafür soll die Jugend dieses Landes kriegstauglich gemacht werden.

Wir begreifen:

Für diese Jugend ist es Zeit zu begreifen, und das tun wir, dass das nicht **unser** Staat ist. Es ist weder der Staat der BMW-Arbeiter, noch der Staat der Jugendlichen, die gegen die streikenden BMW Arbeiter ins Feld geschickt werden sollen, als Alternative zu Hartz 4. Es ist auch nicht der Staat der 17 Millionen DDR-Bürger, die die BRD mit ihren Strukturen übergestülpt bekommen haben, die aus der Arbeitsplatzgarantie direkt in die Arbeitslosigkeit der BRD entlassen wurden, deren Jugend mehr als sonst wo gesammelt wird, um in den Krieg gegen andere Länder geschickt zu werden, während sie eigentlich dafür kämpfen sollte, ihr eigenes wieder zu bekommen.

Auch wenn man uns alle vier Jahre glauben machen will, dass wir mitbestimmen können, wir sind nicht diejenigen, die entscheiden, ob die BRD Jugoslawien zerbombt und wir sind auch nicht diejenigen, die bestimmen, dass Papa oder Mama trotz 20 Jahren Maloche nicht wissen, wie sie die Miete zahlen sollen, wenn sie aufgrund von Einsparungen entlassen werden, oder das sogar trotz Arbeit nicht können. Wir sind aber diejenigen, denen verkauft wird, dass das Militär der todsicherste Arbeitgeber ist. Wir sind diejenigen, denen jetzt gesagt wird, Jugoslawien war nur der Anfang, künftiges Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt und du bist dabei, ob in Jugoslawien oder gegen Kriegsgegner im Inland! Und wenn nicht, wenn du noch auf die Idee kommst zu verbreiten, das sei Mist, dann stehst du künftig eben auf der falschen Seite vom Panzer.

Wir beginnen, zu begreifen, dass es in diesem Land Besitzende und Besitzlose, ein Oben und ein Unten gibt, dass wir Teil einer Klasse sind. Und wir haben längst begriffen, dass wir den Kampf um unsere Zukunft nicht allein gewinnen können. Da muss Papa mit ran und da muss Mama mit ran. Sowohl die mit, als auch die ohne Arbeit. Und da muss jeder ran, dem an seiner Zukunft was liegt. Und da kommt es nicht darauf an, ob man Sozialdemokrat ist oder Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist. Da kommt es darauf an, ob man derjenige ist, der die Bombeneinsätze befiehlt oder derjenige, der die Bomben werfen soll, ob man derjenige ist, der entlässt und einspart, oder derjenige, der entlassen und eingespart wird. Ob man derjenige ist, der die Hartz-Gesetze schreibt oder derjenige, der sie verschrieben bekommt. Da kommt es darauf an, dass man Teil unserer Klasse ist. Auf welcher Seite du stehst, kannst du dir nicht aussuchen, du musst es nur begreifen und danach handeln!

Wir handeln!

Der Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik, gebildet im Mai 2007 von den Teilnehmern des Jugendkongress – Notstand der Republik, unterstützt die Aktion Klassenkampf statt Wahlkampf – Nein zum Notstand der Republik, weil sie seinem Begreifen absolut gerecht wird und weil sie Jung und Alt und die Klasse vereint.

Gegen die Militarisierung der Jugend!

Weg mit dem Notstand der Republik!

Weg mit dieser Regierung des permanenten Notstands!

IN DIESEM LAND LÄUFT ETWAS GEWALTIG SCHIEF – UND NUR MIT DEINER HILFE KÖNNEN WIR ES ÄNDERN!

- Wem nützt es die Banken zu retten?
- Wem nützt es das Nationalgefühl im Sinne von „Du bist Deutschland“ zu schüren?
- Wem nützt es in Schulen, Betrieben und Hochschulen die Bundeswehr zur Werbung zu postieren?
- Wem nützt es an den Hochschulen für die Rüstung zu forschen?
- Wem nützt es, dass uns das Arbeitsamt zum Dienst beim Militär verpflichtet?
- Wem nützt es die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten in einer Weise aufzuheben, wie es das zuletzt im Faschismus gegeben hat?
- Wem nützt es die Versammlungsfreiheit einzuschränken?

- Wem nützt es unsere Daten zu sammeln und uns zu bespitzeln?
- Wem nützt es dauerhaft militärische Berater in den Rathäusern zu stationieren?
- Wem nützt es die Bundeswehr im Inland einzusetzen?
- Wem nützt es die zivilen Hilfsorganisationen unter das Kommando des Militärs zu stellen?
- Wem nützt es andere Länder zu besetzen und zu annektieren?
- Wem nützt es dieses Land für den Krieg zu rüsten?
- Wem nützt es den Krieg gegen andere Länder zu schüren und zu führen?
- Wem nützt es uns auszubeuten bis auf den Tod?

Es nützt einer Minderheit, die über die Mehrheit herrscht!

Es nützt den Kapitalisten – **ihrem** Klassenkampf, den sie von oben gegen uns führen!

Ja, wozu denn? Glauben sie denn, dass sie uns damit kleinkriegen?

Bei Daimler in Hamburg wird in der Ausbildung Pol&IS gespielt. Ebenso mit Schülern in Kasernen, Schulen, Hochschulen (teilweise scheinpflichtig!) und auf vielen Bildungsmessen. Pol&IS – Politik und internationale Sicherheit – ist ein Strategiespiel der Bundeswehr. Hier lernen Jugendliche, Kriege um Rohstoffe gegen andere Länder zu führen und gegen Aufstände im eigenen Land mit Waffengewalt vorzugehen. Durchgeführt wird das ganze von Jugendoffizieren der Bundeswehr, die die Jugendlichen in drei Kategorien einteilen: „Befürworter“ (sind zu bestärken), „Unentschlossene“ (sind zu überzeugen) und „Gegner“, die zu isolieren, also auszuschließen sind.



Auf großen Demonstration, wie beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, beim NATO-Gipfel 2009 in Baden-Baden, sowie bei sogenannten „Naturkatastrophen“ wie Fußball-WM und Papstbesuch ist die Bundeswehr zugegen – auch üben sie Streikbruch und das Auflösen von Demonstrationen!

Arbeitslose Jugendliche unter 25 müssen jeden Job annehmen und sei es als Mörder, heimkehrend im Zinksarg, also als Soldat bei der Bundeswehr. Tun sie es nicht, so werden ihnen sämtliche Leistungen von der Arbeitsagentur gestrichen, dann gibt es nur noch Essensgutscheine.

In der sogenannten Antiterrordatei des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) sind schon viele von uns gespeichert und sei es nur, weil man mal an einer Demonstration teilgenommen hat oder gar nur eine Tüte geraucht hat. Im GTAZ, dem Aufbau nach nicht unähnlich dem faschistischen Reichssicherheitshauptamt, arbeiten Polizeien und Geheimdienste verbotenerweise zusammen. Denn diese Zusammenarbeit widerspricht dem Polizei-Brief, den die Alliierten nach dem II. Weltkrieg diesem Land auferlegten. Nun soll es auch noch ins Grundgesetz (Art. 45) und damit legalisiert werden!



Das ist kein Grund für uns, zur Armee zu gehen!

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt. Der Gewaltenapparat wird zentralisiert. Polizeien und Geheimdienste arbeiten illegal zusammen. Unsere Grundrechte, wie z.B. das Recht auf freie Berufswahl, werden eingeschränkt. Das Grundgesetz wird durchlöchert und die Gesellschaft militarisiert.

Die herrschende Klasse bereitet den Krieg gegen uns und gegen die Völker anderer Länder vor. Das bedeutet Notstand der Republik!

DAS GEHT UNS ALLE ETWAS AN!

Ja, wozu denn? Haben sie denn so mächtige Feinde?

Wir sind Schüler, Studenten und Auszubildende. Wir sind Arbeiter; egal ob bei Daimler, bei Karstadt oder ob wir arbeitslos sind. Bewaffnet mit Mut und dem Wissen darüber, dass es hier nicht so weiter gehen kann. Wir sind eine Klasse aus Milliarden. Uns gegenüber stehen eine Handvoll Milliardäre. Doch Milliarden sind stärker als Milliardäre!

Kämpfen wir auf der Straße gemeinsam für unsere Zukunft! Denn allein und durch ein einfaches Kreuz bei der Bundestagswahl am 27.09.09 wird sich nichts ändern. Es ist die herrschende Klasse, die den Staatsapparat – gegen uns – umbaut, die den Bundestag mehr und mehr entmachtet und in die Bedeutungslosigkeit versenkt. Es ist die herrschende Klasse, die die Demokratie vernichtet. Dagegen helfen keine Wahlen oder die Werbung für diese oder jene Partei.



DA HILFT NUR KLASSENKAMPF!

Mach mit bei unserer Aktion: **Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!**

Was soll da passieren: Es werden fünf LKWs mit dieser Aufschrift zwei Wochen durch die Republik fahren. Dieser Konvoi wird vor Betrieben, auf Plätzen, etc. halten. Denn wir wollen über den oben beschriebenen Notstand der Republik aufklären und den Kampf dagegen verbreitern. Die Aktion wird von uns, dem Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, dem Koordinierungsrat der ersten Arbeiter- & Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik und dem Arbeiterbund für den

Wiederaufbau der KPD durchgeführt und von weiteren Organisationen unterstützt.

„Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein“ (Bertolt Brecht)

Krieg und Leichen – die letzte Hoffnung der Reichen (John Heartfield)

„Die Bundeswehr wird eine Armee im Einsatz werden. (...) Auch in Staaten, an die wir heute noch gar nicht denken.“ (Peter Struck, SPD, ehemaliger Verteidigungsminister) „Seit der Wiedervereinigung nimmt Deutschland eine gewachsene, internationale Verantwortung wahr. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind Ausdruck dieser größeren, internationalen Rolle“ (Celler Appell 2008) Seitdem die BRD die DDR geschluckt hat, führt sie wieder Krieg nach außen. Um dabei zu Hause Ruhe zu haben, benötigt sie den Notstand der Republik nach innen. Unter internationaler Verantwortung verstehen sie in erster Linie Krieg im Interesse der deutschen Wirtschaft zu führen. „Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an ungehindertem Warenaustausch und ist im hohen Maße von gesicherter Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen abhängig (...) zum Sicherheitspolitischen Instrumentarium gehören auch bewaffnete Einsätze.“ (Weißbuch der Bundeswehr, 2006) Die Jagd der deutschen Banken und Konzerne nach Absatzmärkten und Rohstoffen ist der Grund, wieso die BRD zu den militärisch aktivsten Ländern gehört. Sie brauchen uns als Kanonenfutter, als kämpfende Soldaten für die Interessen der deutschen Wirtschaft. Mit „humanitären Einsätzen“ oder „Friedenseinsätzen“ hat das nichts zu tun! „Wir machen nicht humanitäre Hilfe. Wir sind als Soldaten in Afghanistan, um Dinge gegebenenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen.“ (Oberstleutnant Ulrich Kirsch, Vorsitzender des deutschen Bundeswehrverbandes) Wie schon 1929 verschärft die aktuelle Weltwirtschaftskrise den

Kampf der mächtigsten Industriestaaten untereinander. Auch heute schwebt die Gefahr über uns, dass einige der mächtigsten Kapitalbesitzer im Krieg ihre Lösung der Krise sehen. „Wenn Sie einmal sehen wollen, welche Anstrengungen es tatsächlich bedarf, um die Wirtschaft aus einer Schuldenfalle zu befreien, dann betrachten Sie das massive, öffentliche Beschäftigungsprogramm, das die Große Depression beendete, besser bekannt unter dem Begriff „2. Weltkrieg“. (Paul Krugman, Ökonomienobelpreisträger 2009, in „Konjunkturprogramm Weltkrieg?“, FAZ Online, März 2009)



Wer ist der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik?

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress – Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen und gemeinsam, ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, ob West oder Ost gegen den Notstand der Republik zu kämpfen! Dafür richteten wir den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, der Demonstrationen organisiert, große Aktivistentreffen veranstaltet und Aktionen durchführt.

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de

Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Erklärung der Teilnehmer der

Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik

am 15./16. März 2008 Frankfurt/Main Gewerkschaftshaus

Wir, Arbeiter und Gewerkschafter, Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Betrieben und Städten, Mitglieder und Funktionsträger der IG Metall, von verdi und anderen DGB-Gewerkschaften sind am 15. und 16. März 2008 im Frankfurter Gewerkschaftshaus zusammen gekommen, um erstmals gemeinsam über unseren Kampf gegen den NOTSTAND DER REPUBLIK zu beraten.

Uns - Arbeiter und Gewerkschafter, ob Sozialdemokrat, Sozialist, Kommunist oder Parteilos - vereint die Sorge und die daraus folgende Verpflichtung, wie sie das ehemalige Vorstandsmitglied der IG Metall, Georg Benz, anlässlich der Notstandsgesetze der 60iger Jahre wie folgt zum Ausdruck gebracht hat: *„Die Gefahr, die uns droht – ich möchte es noch einmal unterstreichen – ist der totale Staat im Gewande der Legalität – die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie“.*

Auf unserer Konferenz haben wir erörtert, was den Unterschied ausmacht zwischen dem Notstand der Demokratie von damals zu heute, wo der Notstand vom Ausnahmezustand zum täglichen Normalzustand, zum Notstand der Berliner Republik geworden ist. Dabei sind wir zu folgenden Festlegungen gekommen:

- *Wir sind dagegen*, dass eine Bundespolizei, wie sie nach der Niederschlagung des Faschismus zu Recht verboten wurde, errichtet wird, mit nur einem Ziel: Die Fabrikanten zu schützen und uns am Boden zu halten.
- *Wir sind dagegen*, dass eine verbotene Geheimpolizei aus Polizei und Geheimdiensten nach dem Prinzip der Gestapo errichtet wird, die in den Fabriken und anderswo die Bespitzelung, Verfolgung und auch Verhaftung der Arbeiter und Gewerkschafter organisiert, um die für unseren gemeinsamen Kampf so notwendige Einheit der sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter zu zerschlagen.
- *Wir sind dagegen*, dass eine verbotene militärische Heimatschutztruppe aus Bundeswehr-Reservisten flächendeckend errichtet wird, die weder Heimat, noch unser Leben schützt. Die vielmehr angetreten ist, die Kriegsvorbereitungen und Raubzüge der großen Konzerne durch die Friedhofsruhe an der Heimatfront abzusichern und unseren Widerstand gegen das Elend des Krieges zu unterdrücken.
- *Wir sind dagegen*, dass der Staat der Rüstungsschmieden, Monopolherren und Großbanken das deutsche Militär im eigenen Land gegen uns und die Bevölkerung einsetzt und Krieg gegen uns führt.

- **Wir sind dagegen, dass aufgrund der Einverleibung der DDR die Brandfackel des deutschen Krieges nach Europa und in die Welt getragen wird, was uns heute schon Milliarden und morgen unser Leben kosten wird.**

Darüber hinaus haben wir uns ausgetauscht über unsere Aktivitäten in Vertrauenskörpern, Gewerkschaftsversammlungen, auf den Gewerkschaftstagen und auf der Straße zu diesen Themen und wir haben die Notwendigkeit festgestellt, unseren Kampf zu verstärken und zu koordinieren.

Im Einzelnen hat die Konferenz folgende Schritte festgelegt: Wir wollen unsere Zusammenarbeit festigen

- **durch die Einrichtung eines Arbeits- und Koordinationsausschusses gegen den Notstand der Republik, der dies organisatorisch absichert und der künftige gemeinsame Aktivitäten und Aktionen koordiniert,**
- **durch organisierten Austausch sowohl von Informationen und Referenten, als auch über unsere jeweiligen Aktivitäten zum Thema,**
- **durch weitere Konferenzen, sobald sie erforderlich werden, um den gewerkschaftlichen Widerstand gegen den Notstand der Republik zu verbreitern.**

Mit ihrem völkerrechts- und verfassungswidrigen Umbau des Staatsapparats erklären die Herrschenden uns Arbeiter und Gewerkschafter, das ganze Volk zum Feind. Aus diesem Grund verpflichten sich die Teilnehmer dieser Konferenz, alles in ihren Kräften stehende zu tun, dass unsere Gewerkschaften ihr „historisch begründetes Recht, als Hüter und Sachwalter der Demokratie in diesem Land ernst genommen zu werden“ (Georg Benz im Oktober 1966) mit allen Mitteln – bis hin zum Streik (s. § 2 der Satzung der IG Metall) – in die Hand nehmen. Wir rufen alle Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter auf, diesen Kampf in ihren Betrieben, in den gewerkschaftlichen Vertrauenskörpern und in den anderen Gremien ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen.

16. März 2008

Arbeits- und Koordinationsausschuss der
Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik
Mitglieder und Vertreter von/aus:
Arbeitsgruppe gegen den Notstand der Republik in der IG Metall Frankfurt und verdi Frankfurt / Arbeitsgruppe Staatumbau der IG Metall Hamburg / Mitglieder des Sekretariat für Betrieb und Gewerkschaft des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD / Vertrauenskörperleitung Daimler Wörth / Vertrauenskörperleitung MAN Roland Offenbach / Vertrauenskörperleitung Jungheinrich Norderstedt / Vertrauensmann Areva Regensburg / Vertrauensleute BMW Regensburg / Vertrauensleute Daimler Bremen

Information/Kontakt:

Rainer Herth, Birkholzweg 11, 60433 Frankfurt, Mail: R@inerHerth.de, Tel.: 069/832754, Fax: 069/83833431

V.i.S.d.P.: R.Herth, Frankfurt

ERKLÄRUNG
der Teilnehmer der
Zweiten Arbeiter- und Gewerkschafter-Konferenz
gegen den Notstand der Republik

am 28./29. März 2009 Frankfurt/Main Gewerkschaftshaus

Wir, Arbeiter und Gewerkschafter aus verschiedenen Betrieben und Städten, Mitglieder und Funktionsträger der IG Metall, von verdi und anderen DGB-Gewerkschaften sind am 28. und 29. März 2009 im Frankfurter Gewerkschaftshaus zum zweiten Mal zusammen gekommen, um über unseren gemeinsamen Kampf gegen den NOTSTAND DER REPUBLIK in Zeiten der tiefsten und schwersten Weltwirtschaftskrise des kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems zu beraten und Aktionen der Einheitsfront gegen das Monopolkapital und seinen Staat zu schmieden.

Auf unserer ersten Konferenz im März 2008 haben wir – Arbeiter und Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Parteilose – den gesetz- und völkerrechtswidrigen Um- und Ausbau des deutschen Staats gegen die Arbeiter und das Volk im eigenen Land sowie gegen die Völker und Staaten in Europa und der Welt enthüllt, die Ursachen durch die Einverleibung der DDR offen gelegt und Widerstandsaktionen organisiert.

Heute erschüttert die Weltwirtschaftskrise das gesamte System des Weltkapitalismus und jeder Gewerkschafter wird begreifen, wie aktuell und lebenswichtig unsere Warnungen der ersten Konferenz sind: Die milliardenschweren Besitzer der großen deutschen Fabriken und Banken schützen sich und ihre verkommene und niedergehende Herrschaft gegen die Arbeiter und das Volk mit einer verbotenen Bundespolizei, mit der illegalen Geheimpolizei nach Gestapo-Prinzip, mit einem völkerrechtswidrigen militärisch-zivilen Heimatschutz, mit verfassungswidrigen Militäreinsätzen gegen uns und andere Völker.

Wir haben auf unserer Konferenz die wirtschaftlichen Ursachen und politischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und den verschärften Notstand der Republik erörtert und gemeinsame Kampfmaßnahmen beschlossen.

Wir brauchen auch Dich und teilen euch mit:

In Erwägung

dass die Weltwirtschaftskrise der Monopolkapitalisten Millionen Arbeiter und Werktätige in langandauernde Massenerwerbslosigkeit, Obdachlosigkeit, Hunger, Not und Elend bringt,

dass Millionen Erwerbslose, Hungernde und Geknechtete ihr unerträgliches Elend nicht ewig ertragen und die Kapitalisten mit dem Schlimmsten rechnen müssen - mit dem Klassenkampf der Arbeiter und dem Widerstand der Werktätigen,

dass die Handvoll Ausbeuter ihre Ausbeutung alleine nicht aufrechterhalten können, sondern zu ihrem Schutz ihren Staat und ihre Notstandsregierung brauchen mit Armeen, Polizeien, Geheimdiensten und Heimatschutz.

In Erwägung

dass ihnen das alles nicht reicht und sie einen weiteren Militärapparat mit Freikorps aus dem Boden stampfen, die 1918 die Novemberrevolution im Blut der Arbeiter ertränkten, die zum Schutz der monarchistischen Kapp-Monarchisten 1920 tausende Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose, Frauen und Kinder ermordeten und ein Sammelbecken der SA, des Hitlerfaschismus und des deutschen Völkermordens im Weltkrieg waren,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie die alte Streikbruchorganisation Technisches Hilfswerk zum Schutz ihres maximalen Profits in ihre Fabriken bei uns in den okkupierten Gebieten einschleusen,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie unsere Versammlungsfreiheit liquidieren durch die mehr als achthundertfache Besetzung der öffentlichen Plätze mit Soldaten der Bundeswehr,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie die dritte Generation für den Raub fremder Länder, Menschen und Rohstoffe in den Schulen, Lehrwerkstätten, Arbeitsämtern, Universitäten rekrutieren,

dass ihnen das alles nicht reicht und sie die Gedankenfreiheit des Bürgers mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bedrohen.

In Erwägung dass

die Berliner Notstandsregierung auf der Grundlage der Einverleibung des völkerrechtlich souveränen Staates DDR, auf Geheiß der Kriegsverbrecherkonzerne den Staat nach dem Vorbild des verbotenen Hitlerfaschismus umbaut, faschistische Staatsapparate in die demokratische Republik hineinschlägt und die Demokratie an den Rand zum Faschismus treibt.

In Erwägung dass

das deutsche Großkapital seine erste Weltwirtschaftskrise im ersten Weltkrieg löste,

das deutsche Großkapital seine zweite Weltwirtschaftskrise im zweiten Weltkrieg löste,

das deutsche Großkapital seine dritte Weltwirtschaftskrise im dritten Weltkrieg zu lösen droht mit der Vernichtung der kapitalistischen Überproduktion und der Vernichtung von Millionen Arbeitern und Werktätigen sowie den Völkern der Welt auf den Schlachtfeldern des Völkergemetzels und in den Massengräbern einer niedergehenden, winzigen Klasse des Monopolkapitals.

In Erwägung dass

wir kein drittes Mal erklären wollen: *„Die Trümmer in unseren Städten, die Not und das Elend unserer Flüchtlinge und Arbeitslosen sind einzig und allein die Folgen der Kriege, der Diktatur und jener Wirtschaftsordnung, die uns die feudalen und die kapitalistischen Kräfte in Jahrhunderten aufzwingen. Diese Kräfte zerstörten immer wieder, was die arbeitenden Menschen unter Entbehrungen an Wohlstand geschaffen haben.“* Aufruf des DGB zum 1. Mai 1950.

Haben wir beschlossen,

dass wir die in Beratungen und Kämpfen des letzten Jahres aufgebaute Einheitsfront- und Aktionseinheit unbedingt festigen und erweitern gegen den Notstand der Republik.

Haben wir beschlossen,

dass wir in diesem Jahr die gemeinsame Aktion **Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik** von Arbeitern und Gewerkschaftern, von Jung und Alt, von Sozialdemokraten, Parteilosen, Sozialisten und Kommunisten auf den Straßen und Plätzen, von Fabrik zu Fabrik, von Stadt zu Stadt durchführen.

Ohne dass einer damit beginnt werden es die Gewerkschaften und insbesondere die Arbeiter im Betrieb schwerer haben, den Kampf aufzunehmen.

Damit die Einheit zur Stärke wird und der Widerstand zunimmt fordern wir euch auf:

Beteiligt euch in eurem eigenen Interesse und für eine schlagkräftige Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften im Herbst 2009 an der Aktion

Klassenkampf statt Wahlkampf – Gegen den Notstand der Republik

Gerade Millionen Jugendliche, die sich in Feuerwehr, THW oder Rotes Kreuz engagieren kommen mit dem neuen Heimatschutz wieder ein Stück weit mehr unter die Fuchtel der Bundeswehr – auch wenn sie meinen nur bei Katastrophen zu helfen, so wird mit ihnen schon geübt im Krieg zu unterstützen. Dazu braucht es keine Bundeswehruniform. In diesem Februar kündigte Kriegsminister Jung an zu prüfen, ob nicht 1000 Mann vom THW an Stelle von Soldaten einen Bundeswehrstützpunkt in Afghanistan betreiben könnten.

Die freigewordenen 1000 Soldaten könnten dann „wirkliche Kampfeinsätze“ durchführen. Die Zusammenarbeit wird zu Hause jedenfalls schon fleißig geübt.

Das sind nicht alle, aber triftige Gründe, warum sich Jugendliche, organisierte und unorganisierte, aus Gewerkschaft und Jugendorganisationen zusammengetan haben und im Mai 2007 einen Jugendkongress gegen den Notstand der Republik veranstaltete. Und fortan versuchen, gemeinsam, über Organisationsgrenzen hinweg, zu kämpfen.

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Gegen den Notstand der Republik

Zur Information



Aktionsbüro: „Klassenkampf statt Wahlkampf! Gegen den Notstand der Republik!“
Aus der Erklärung März 2009:
Wir, das ist die Einheitsfront- und Aktionseinheit aus Arbeitern, Gewerkschaftern, von Jung und alt, von Sozialdemokraten, Parteilosen und Kommunisten, die gemeinsam seit der „Ersten Arbeiter- und Gewerkschafter Konferenz - Gegen den Notstand der Republik“ im März 2008 in Betrieb und Ausbildungsstätten, auf Straßen und Plätzen gegen den Notstand der Republik und seinen Staatsumbau kämpfen. Dass der Notstand der Republik weiter regiert - dagegen sind wir,

dagegen machen wir mobil.

Dass die Einheit zur Stärke wird und der Widerstand zunimmt, dazu rufen wir euch auf: Beteiligt euch in eurem eigenen Interesse und für eine schlagkräftige Arbeiterbewegung und ihre Gewerkschaften im Herbst 2009 an der Aktionseinheit:

Klassenkampf statt Wahlkampf - Gegen den Notstand der Republik

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD / Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten

Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik / Jugendaktionsausschuss -

Notstand der Republik

Info und Kontakt Köln:

Koeln-gegen-notstand@web.de, 0176/23233235, www.jugendkongress-ndr.de

V.i.S.d.P.: M. Hirdes, Innere Kanalstr. 220 50670 Köln, E.i.S.

Der Kooperationsvertrag zwischen Bundeswehr und Schulministerium und der Krieg zur Bereinigung der Krise?

Die Verhältnisse in diesem Land betreffen uns als Jugend immer mehr, immer direkter: Die Schülerdatei ist kurz vor der Einführung, die Bundeswehr kommt an unsere Schulen, um „Kriegstrategien“ zu simulieren. Als Auszubildende in Betrieben übernimmt die Bundeswehr unsere Ausbildung. Als Mitglieder ziviler Hilfsdienste werden wir der Bundeswehr unterstellt. In diesem Staat wird uns eben nicht nur hier und da ein wenig von diesem und dann von jenem Recht abgeschnitten, sondern dieser Staat wird militarisiert und umgebaut, so militarisiert und umgebaut, dass er kriegstauglich ist, dass der Notstand der Normalzustand ist.

Warum treiben sie die Militarisierung des gesamten Landes gerade jetzt in der Krise so voran?

Aus Sicht der Herrschenden, aus Sicht der deutschen Banken und Konzerne gibt es objektiv nur einen Ausweg aus der Krise: Krieg. Kein anderes Mittel ist derart zur Vernichtung der „überflüssigen“ Waren- und Produktionskapazitäten geeignet, wie der Krieg. - „Überflüssige“ Waren, nicht weil es genügend Lebensmittel und keinen Hunger oder genügend Wohnungen für die Menschen auf dieser Welt gäbe. Nein. „Überflüssige“ Waren nur für die Banken und Konzerne, weil sie keinen Profit mehr damit machen, weil die Löhne und Gehälter derjenigen die die Waren produzieren, auch nicht annähernd dazu reichen zu kaufen, was sie produziert haben.

Sie wählen diesen Ausweg 1914 und 1939 und wenn wir sie nicht stoppen auch diesmal.

So wird bereits offen in der der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über diese Option unter der Überschrift: „Konjunkturprogramm Weltkrieg?“ diskutiert. In dem Artikel heißt es: „Ganz und gar nicht zynisch, wenn auch von einer brutalen Ästhetik ist es, wenn man darauf hinweist, dass der Krieg zu allen Zeiten ausgesprochen konjunkturelbelebende Wirkung hatte; und nicht nur das, so mancher Kanonendonner kam – bei rein ökonomischer Betrachtung – zu einem ausnehmend günstigen Zeitpunkt.“ (FAZ, 09.03.09).

Kooperationsvertrag zwischen Bundeswehr und Bildungsministerium

In NRW gibt es nun ganz offiziell einen Kooperationsvertrag zwischen der Bundeswehr und dem Bildungsministerium. Es war schon lange so, dass die Bundeswehr Unterrichtsmaterialien für Schulen zur Verfügung gestellt hat, dass einzelne Unterrichtseinheiten von Soldaten, sogenannten Jugendoffizieren, übernommen wurden, dass bei jeder Berufsorientierungswoche Soldaten fürs Töten geworben haben. Bisher war das wenigstens offiziell eine freiwillige Angelegenheit, die Entscheidung, ob man tatsächlich Jugendlichen das Töten als Beruf und Zukunftsperspektive anbieten möchte, dem Lehrer überlassen.

Und auch ein mutiger Schüler konnte sagen, dass er mit der Mörderbande nix am Hut haben will. Mit dem neuen Kooperationsvertrag gehört diese Freiheit der Vergangenheit an. Und nicht nur das, Lehrer und vor allem Referendare, also die Lehrer von morgen, kön-

nen künftig von Soldaten ausgebildet werden.

Worin?

In Fragen der Politik.

Wann wo Krieg zu führen ist, warum das notwendig und richtig ist und wie man Schülern erklärt, dass Bomben Werfen eine tolle Sache und Deutschland dazu absolut berechtigt ist.

Und jährlich soll das Schulministerium NRW zukünftig der Bundeswehr Bericht erstatten, wie gut man mit der militäristischen Verseuchung der Jugend an den Schulen vorangekommen ist. Das nennen Sie dann „Evaluation“.

Kriegsspiel POL&S

Jährlich ist die Bundeswehr mit dem Strategie- und Kriegsspiel „Politik und internationale Sicherheit“ POL&S mit über 400 Veranstaltungen in Schulen, bei den Azubis in den Betrieben oder an Unis. Es ist wie selbstverständlich in dem Spiel, dass auch einmal ein Krieg geführt werden muss, um die Ausbeutung anderer Länder zu sichern oder Kon-

kurrenten aus dem Feld zu schlagen, wenn eben andere Politik nicht mehr hilft. Das heißt dann offiziell Frieden schaffen. So wie bei der Bundeswehr in Afghanistan. Wir nennen es Krieg!

Aufbau eines flächendeckenden

Heimatschutzes

In diesem Land wird flächendeckend die Armee stationiert: In sogenannten Verbindungs-

kommandos ist die Bundeswehr bis in die letzte kreisfreie Stadt, bis in den letzten Landkreis präsent. Präsent um eingesetzt zu werden, wann immer es die Situation erfordern könnte, dass die Bundeswehr aktiv wird. Das Militär bekommt von den Schulen bis zum Technischen Hilfswerk Millionen unter sein Kommando. Seit Januar 2007 wurde flächendeckend ein sogenannter Heimatschutz aufgebaut. Landeskommandos wurden in Dienst gestellt, die als „Ansprechpartner der Landesregierung in allen Fragen der möglichen Unterstützungsleistungen der Bundeswehr“ den Landesregierungen beiseite gestellt werden. Das heißt nichts anderes als: Die Bundeswehr ist offizieller Berater der Regierung.

In 429 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten und 34 Bezirken werden Verbindungskommandos aufgebaut, damit bis auf die kleinste Ebene die Bundeswehr vor Ort ist. Rekrutiert werden dafür zunächst 10.000 Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr.

Auch für diese werden in den Behörden Räume zur Verfügung gestellt, damit sie jederzeit präsent und einsatzbereit sind. Im Ernstfall soll durch diesen Aufbau ein Einsatz von 250.000 Soldaten im Inneren möglich werden.

Stellungnahme

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zum Einsatz der Bundeswehr im Inland

Beschlossen auf dem II. Jugendaktivistentreffen am 09.11.08 in Hamburg

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt, Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen, die Erwerbslosen sind entrechtet und die gesamte Bevölkerung wird in Dateien erfasst und beinahe allumfassend überwacht. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet. Darum sprechen wir vom Notstand der Republik!

Aktuell ist geplant, den Artikels 35 des Grundgesetzes zu ändern, um dem Inlandseinsatz der Bundeswehr den Anstrich der Legalität zu geben. Der Artikel 35 regelte ursprünglich die Amtshilfe. Bereits 1968 wurde er im Zuge der Notstandsgesetzgebung um die Absätze zwei und drei erweitert, die den Einsatz des BGS und der Streitkräfte zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall möglich machten, jedoch ohne militärische Mittel. Nur und ausschließlich im Falle des Notstandes konnten militärische Mittel eingesetzt werden. Was jetzt passiert, ist, den Notstand zum Alltag zu machen, indem der Artikel 35 um zwei weitere Absätze ergänzt werden soll:

„(4) Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, kann die Bundesregierung den Einsatz der Streitkräfte mit militärischen Mitteln anordnen.“

„(5) Bei Gefahr im Verzug entscheidet der zuständige Bundesminister.“
Was bedeutet das? Das ist der uneingeschränkte Inlandseinsatz des Militärs, mit allem, was dazu gehört: Schwere Maschinengewehre, Raketen, Sprengkörper, Panzer, Tornados und Kriegsschiffe. Dazu braucht es jetzt keinen Verteidigungsfall, keine Ausrufung des Notstands, ausreichend ist ein juristisch undefinierter Unglücksfall. Und er muss nicht einmal eingetreten sein, da von „Abwehr“ die Rede ist. Der vage Verdacht, dass ein besonders schwerer Unglücksfall eintritt, reicht aus, um die Bundeswehr gegen die Bevölkerung präventiv in Marsch zu setzen, z.B. bei Demonstrationen und Streiks. Darüber soll nicht das Parlament entscheiden, im Zweifelsfall nicht einmal die Bundesregierung, sondern ein einzelner Bundesminister. Das ist ein Ermächtigungsartikel und hat mit bürgerlicher Demokratie nichts mehr zu tun. Das ist Kriegsrecht! Das dürfen wir nicht zulassen:

Diese Grundgesetzänderung muss verhindert werden! Nie wieder Soldaten gegen Demokraten!

Diese Heimatschutzkommandos haben auch Bundeswehr sicherzustellen. Das heißt zur Aufgabe, ständige Verbindung mit den letztlich nur: Sämtliche zivile Organisationen zivilen Hilfsorganisationen wie Feuerwehren, und deren Mitglieder sind zukünftig der Arbeiter-Samariter-Bund, Rotes Kreuz, deswehr unterstellt. Dann geht es nicht mehr Johanniter, Malteser, DLRG uvm. aufbauen, um Lebensrettung, sondern um Zuarbeit für um eine koordinierte Zusammenarbeit mit der den Dienst an der Waffe.

Am Sa., 22. August 2009, 11 Uhr Bockenheimer Warte auf die Fahrräder zur Radrundfahrt

Gegen die alltägliche Militarisierung in Frankfurt! Gegen den Notstand der Republik!

„An die Gewehre“ war das Motto des letzten Reservistentages 2008. In Frankfurt nahm der Reservistenverband anlässlich dieses Tages mit einem wendigen Bürgerkriegspanzer an der Schau „Frankfurt hilft“ am Mainufer teil. „Frankfurt hilft“ in den Krieg!! Außer der Bundeswehr selbst präsentierten sich dort deren Hilfsorganisationen u. a. die paramilitärische Streikbrecherorganisation Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, das Deutsche Rote Kreuz, Johanniter und Malteser. Letztere drei sind laut geändertem Rot-Kreuz-Gesetz seit Oktober 2008 als Sanitätsorganisationen der Bundeswehr verpflichtet und deren Befehl unterstellt.



Was uns als Hilfe verkauft wird, ist in Wirklichkeit Kriegsvorbereitung. Im „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ des Kriegsministeriums ist festgelegt: „Mit der Aufstellung von ca. 470 vorzugsweise aus Reservisten bestehenden Kreis- und Bezirksverbindungskommandos wird die flächendeckende zivilmilitärische Zusammenarbeit auf den einsatzentscheidenden unteren und mittleren Ebenen intensiviert.“

In Frankfurt existiert dieses Verbindungskommando schon längst. Bundeswehreinmärsche im Inland – laut Grundgesetz verboten – hatten in Frankfurt bereits während der Fußballweltmeisterschaft 2006 Premiere. Im Jahr 2008 wurde 94 mal die Bundeswehr im Inneren angefordert – laut Grundgesetz ist das nur bei Naturkatastrophen möglich. Die militärische Einbindung sogenannter Hilfsorganisationen schreitet voran: Gerätschaften und Ausbildung werden immer öfter nur über die Bun-

deswehr oder das paramilitärische Technische Hilfswerk bereitgestellt. Und immer öfter wird nicht zum Schutz der Bevölkerung sondern zum **Schutz vor der Bevölkerung** agiert: Einsätze gegen Demonstrationen bei G8-Regierungstreffen oder Nato-Gipfeln und bei Sicherheitskonferenzen. In Manövern wird der Einsatz von Soldaten und der (ebenfalls grundgesetzwidrigen) Bundespolizei gegen Arbeiter geübt.

Das sind keine Einzelmaßnahmen, sondern sie fügen sich zu einem grundsätzlichen Staatsumbau zusammen. („Die Gefahr, die uns droht ... ist der totale Staat im Gewande der Legalität, die Diktatur hinter der Fassade formaler Demokratie“ Georg Benz IG Metall 1966).

Der Umbau der Bundeswehr „von der Armee der Einheit zur Armee im Einsatz“ (Weißbuch 2006) begann mit der Einverleibung der DDR und des Aufbaus eines zweiten Staatsapparates im Osten. Bürgerlich-demokratische Rechte wurden geschliffen und ein Staatsumbau hin zur Gewaltherrschaft begann in schnellem Tempo. Da uns keine blühenden Landschaften erwarten, sondern nach der Zeit der Annexionsgewinne die tiefste Weltwirtschaftskrise seit 1929 rüstet der Staat sich zum Krieg nach innen und außen auf und macht die Staatsorgane kriegstauglich.

Immer mehr durchdringt die Militarisierung unseren Alltag: Bundeswehroffiziere im Arbeitsamt, Bundeswehr-Trucks auf Festen und vor Schulen, eingelagerte Sanitätsausrüstungen in den Universitäten, Verbindungsoffiziere im Rathaus oder bei der Feuerwehr ...

Wir wollen einige Beteiligte besuchen und Hintergründe aufzeigen.

Herausgeber und Veranstalter: Arbeitskreis gegen Revanchismus und Kriegstreiberei, Frankfurt

Unterstützer: Metaller-Arbeitslosen-Initiative; Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, OG Frankfurt; Hans Christoph Stoodt (Anti-Nazi-Koordination Frankfurt, Sprecher)